



6 Jhg • Nr. 9 Oktober 83 1.50 DM

Zeitung zur Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter



INHALT

SCHWERPUNKT

GEISTIG BEHINDERT EIN ETIKETT MIT FOLGEN 2 – 12

BERLIN – PER ANHALTER 12

DER ALB e.V. REGENSBURG AUTONOMES LEBEN 13

> ZOFF IN WESTFALEN 14 – 16

BUCHBESPRECHUNG BEHINDERTENKALENDER '84 17

> AUFRUF ZUR DEMO 18

BEINAHE EIN HISTORISCHES EREIGNIS 18

> DIE BUNDESWEITEN 19

EINE TAGESGESCHICHTE 20

KLEINANZEIGEN UND TIPS 20

VERBINDUNG IN GRÜN 21 – 23

> LESERBRIEFE 24 - 25

HINTERSINNIGES ZUM SCHWERPUNKT 26

RICHTIGSTELLUNG

Unsere letztmonatige Liste der ambulanten Dienste in der BRD enthält eine falsche Telefonnummer, darum hier nochmal die volle Berliner Adresseambulante dienste e.V.

vermittlungsbüro tel: 030/693 70 31 gneisenaustraße 2 1000 Berlin 61

EDITORIAL

Was sollen wir noch sagen? Entschuldigungen werden wohl langsam eintönig. Die Gründe für den späten Erscheinungstermin sind die gleichen wie vorher. Mangelhafte technische Ausrüstung und personelle Unterbesetzung. Aber wir versuchen weiter, die Lage zu verbessern. Auf jeden Fall sind alle Gerüchte und Spekulationen, die LUFTPUMPE würde eingestellt. falsch. Die Leute, die an dieser einzigen, (nahezu) monatlich erscheinenden, überregionalen Zeitung der emanzipatorischen Behindertenbewegung mitarbeiten, sind zäh und besessen. Zumal wir eine finanzielle Mindest-

IMPRESSUM

Anschrift; LUFTPUMPE Zeitung zur Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter

Herausgeber und Verlag: Verein zur Förderung der Emanzipation und Integration Behinderter e.V. Pohlmanstr, 13, 5000 Köln 60.

Einzelpreis je Heft: DM

Abopreis: jährlich 16,- DM Die Umsatzsteuer ist im Preis enthalten. - Für Mitglieder ist der Betrag im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gültig ist Anzeigenpreisliste 5 Anzeigenredaktion: Wolfram Jakob.

Erscheinungsweise: 11-mal im Jahr (Doppelnummer im Juli/August)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Lothar Sandfort, Geberstr. 44 in 5204 Lohmar 1

Carl Friedrich Ingenmey, NeuenhöferAllee 104,5000 Köln 41

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Layout: Uschi Wasel

Abo-Vertrieb: Birgit Heinrich

Druck: "Betrieb am Niehl", Merkenicher Str. 99, 5000 Köln 60 Tel. 0221/7121606

Alle Rechte vorbehalten

ausstattung allein durch unsere Abos gesichert haben. Das befreit von der Sorge um das finanzielle Überleben, läßt aber noch keine großen Sprünge (etwa einen eigenen und funktionierenden Composer) zu.

Den Schwerpunkt dieser Ausgabe stellten Dorle Klemm und Werner Müller aus München zusammen. Er soll dazu beitragen, die Isolation, in der sich geistig behinderte Menschen befinden, ein Stück weit aufzubrechen. Gemeint ist nicht nur die gesellschaftliche, sondern auch jene Kluft, die durch die Distanzierung der übrigen Behindertengruppen bedingt ist. Dem wollen wir auch durch weitere Berichte von Euch entgegenwirken. Schreibt uns!

In der letzten Ausgabe haben wir übrigens vergessen, den Namen einer Autorin mitzuteilen. Der Artikel "Meine Reise nach Amiens "stammt von Angelika Kastner. Merci, dafür.

IMPRESSUM

Regionalredaktion Köln Pohlmanstr. 13, 5000 Köln 60

Katherina Döring
Birgit Heinrich
C.F.Ingenmey/Kalle
Wolfram Jakob
Rainer Laux
Lothar Sandfort
Phillipp Ulmer
Ursula Wasel

0221/856518
0221/437404
02203/34305
02203/34305
0221/409073
02246/3628

Berlin: Götz Dieter Hochfeld Eisenhammerweg 4 1000 Berlin 27

Regional redaktion München: c/0 VIF, Herzog Wilhelm-Str.16 8000 München 2

Günter Allstädt 089/3592803 Uschi Augustin Petra Beil 089/561297-**Ilse Busse** 089/484661 Claus Fussek 089/591934 089/989118 Erika Grube M.L. Kalchschmidt 089/8415565 Angelika Marquardt 089/3084584 Werner Müller 089/1572181 Monika Schneider 089/3083917 Michael Simon 089/301237 Werner Spring 089/303148 Susi Werkmeister 089/3231759



Es gibt sie noch, wahrlich, jene gemeinnin als "mittelalterlich" bezeichneten Zustände der Verwahrung geistig behinderter Menschen. Es gibt noch Gewalt in all ihren Ausformungen gegenüber Menschen, die am allerwenigsten dagegen aufbegehren können. Es gibt die körperliche Züchtigung (wie bekannt gewordene Fälle und ihre Hintergründe abgehandelt werden, läßt grauenhafte Dunkelziffern erahnen.) Es gibt aber auch die Liegestationen; es gibt die Entmündigung, wie sie totaler in keinem anderen Bereich vorkommt. Es gibt die Schlösser, Riegel, Zäune und Mauern, die natürlich einzig und allein dem "Schutz der Anvertrauten " dienen, ebenso wie die publik gewordenen "Kinderkäfige" von Lüneburg, von denen die zuständige Heimaufsicht (!) ungestraft sagen darf: "Die Käfige sind medizinisch die beste Lösung und auch die Menschenwürdigste Art der Unterbringung. Man muß doch sehen, daß die Kinder mit der Zeit aufsässig werden..." (Stern 49/1980). Es gibt schließlich, als Errungenschaft des 20. Jhs., die Zwangsmedikation, die chemische Zwangsjacke als Ablösung der mechanischen, die endlich die lästige Frage erübrigt, wieso manche geistig Behinderten Menschen wo sie doch so gut untergebracht und verpflegt sind, trotzdem zu Unruhe und Aggressivität neigen.

Die hier umrissene Wirklichkeit der Behindertenfürsorge läst, so möchte man meinen, nur eine Antwort zu: Empörung und Kampf. Daß ganz im Gegenteil Friedhofsstille im Lande herrscht, liegt auch, aber nicht nur daran, daß die Betroffenen so ohnmächtig sind und es uns Außenstehenden so leicht gemacht wird, die Augen vor dieser Wirklichkeit zu verschließen.

Bei der intensiveren Beschäftigung mit dem Thema "Geistig Behinderte", beim Zusammenstellen und Abwägen von Informationen, bei der Überprüfung eigener Einstellungen und im Kontakt mit Betroffenen sind uns (Dorle und Werner) viele Gedanken, noch mehr Fragen gekommen. Wir wissen, und wir ahnen jetzt noch daß es notwendige Zusammenhänge gibt zwischen brutaler und sanfter Gewalt, zwischen unser aller Leben und dem Leben der Ausgesonderten. Noch sind wir nicht in der Lage, alle diese Zusammenhänge schlüssig darzulegen. Erst ein gründliches Verständnis aber kann den notwendigen Kampf um Veränderung davor bewahren, sich mit Scheinverbesserungen zu begnügen.

Vielleicht können andere mithelfen, das zu verbinden und weiterzuentwickeln, was wir im folgenden als einzelne Überlegungen und Fragen aufwerfen wollen.

DIE GEWALT DER INSTITUTION

Vieles, Grundsätzliches ist bereits zur Frage der Institutionalisierung sogenannter "Randgruppen" -Probleme erarbeitet worden. Warum sich eine Gesellschaft Institutionen schaft, in welcher Weise diese sich verselbständigen und worin ihre staatsstragende Funktion besteht, wurde seit, Basaglias "Die negierte Institution" vielfach weiterdiskutiert. Auch die Luftpumpe hat sich immer wieder mit den katastrophalen Folgen der Aussonderung durch Institutionalisierung befaßt.

Es kann nich oft genug wiederholt und im einzelnen aufgezeigt werden, wie sehr die zur "Rehabilitation" angetretenen Einrichtungen erst die schlimmsten Behinderungen schaffen, indem sie, um eine Grundbehinderung zu therapieren, Menschen aus ihrer Alltagsumwelt heraus und an sich reißen.

"Sie (ein geistigbehindertes Mädchen) hat in den vielen Jahren ihres Heimdaseins diese bestimmte Art der Fürsorge und Pflege kennengelernt, auf die sie mit jedem Jahr mehr angewiesen ist-nicht, weil ihre körperlichgeistige Entwicklung so vorgezeichnet ist, sondern weil sie sich immer mehr daran gewöhnt hat und weil eine Umgewöhnung im Erwachsenenalter so gut wie unmöglich ist." (Raith,S.15)

2

Das ist eine der Kehrseiten der weitverbreiteten Meinung von Experten und Laien: behinderte Menschen seien am besten in Heimen aufgehoben. den Kampf um ihr eigenes Leben aufzunehmen und sich zu verbünden, da bleibt den geistig behinderten Menschen nur übrig, sich ihren Platz



Was für Sondereinrichtungen überhaupt gilt, gilt samt und sonders auch für die auf 'geistig Behinderte' spezialisierten Einrichtungen. Hinzuzufügen ist allenfalls, daß es hier für die Betoffenen eben noch schwieriger ist, sich einen Rest von 'normaler' Umwelt zu erhalten oder zu erarbeiten. Fallen doch selbst die Möglichkeiten von Lektüre oder die Möglichkeiten von sonstigem wenigstens mittelbaren Austausches weitgehend weg, wären sie doch mehr noch als andere auf die Auseinandersetzung mit ganz gewöhnlicher Umwelt angewiesen, um Eigenes entwickeln ΖU können. Grotesk ist es, behinderte Kinder aus Regelkindergärten und -schulen erst auszuschließen und sie dann mittels Fotos und Texten den 'normalen' Kindern nahezubringen. Genau dies beabsichtigt etwa das 'fortschrittliche' Vorschulprogramme von A. Becker.

Noch grotesker ist es aber, geistig behinderte Kinder von den öffentlichen Spielplätzen, Geschäften, Verkehrsmitteln, Schulen, kurz, vom wirklichen Leben wegzuholen, um ihnen dann in — fortschrittlichen — Einrichtungen mit Hilfe anregenden und therapeutischen Materials ein unwirkliches Leben zu schaffen.

Wird den 'normalen' Kindern — des Umgangs mit Behinderten beraubt — nur ein kleiner, wiewohl wesentlicher Teil der Wirklichkeit geraubt, so ist es bei abgesonderten geistig behinderten Kindern der größte Teil der Lebenswirklichkeit — und das gerade bei Menschen, die ohnehin Schwierigkeiten mit deren Aneignung bahen.

Wo es anderen Anstalts—'Insassen' (z.B. Körperbehinderten) unter Umständen trotz Heim noch möglich ist,

in oder vielmehr außerhalb der Gesellschaft zuweisen zu lassen, der dann nie ihr eigener sein wird.

Die Gewalt der Begriffe -Behindert wird, wer als solcher gilt

Der IQ und die Verfügungsgewalt

Mehr oder weniger leicht läßt sich eine körperliche Behinderung als Funktionsbeeinträchtigung bestimmter Organe und Gliedmaßen bestimmen. Dem, der es für nützlich hält, ermöglicht es die Wissenschaft, über tausend Formen zu unterscheiden und zu benennen. Sinnesbehinderungen wie Hör— oder Sehschäden lassen sich präzise messen und abstufen: In dem Maße, wie menschliche Befindlichkeiten überhaupt vermittelbar sind, lassen sich dererlei Behinderungen vorstellbar machen.

Wie aber steht es etwa um das, was man oft als 'Wahrnehmungsstörung' bezeichnet? Wie steht es um einen Menschen, dessen Sprechorgane völlig in Ordnung sind und der dennoch eines Tages plötzlich verstummt? Ein Kind, das organisch meist keine Beeinträchtigung aufweist, aber einfach nicht auf die Außenwelt reagiert? Und was ist eben das, was man im engeren Sinn als 'geistige' Behinderung bezeichnet?

Im Vergleich zur körperlichen Behinderung stehen wir hier viel direkter vor der Frage nach der Ganzheit des Menschen. Denn was ist der Geist des Menschen?? Wie so oft befreit uns auch hier unsere so fortgeschrittene Wissenschaft von der Mühe des Nachdenkens. So ist es ihr in der Tat gelungen, uns eine Meßlatte an die Hand zu geben, mit der wir uns selbst von den geistig Behinderten abgrenzen und diese noch schön hierarchisch abstufen können: den klassischen IQ IQ 100 ist (Intelligenzquotient). normal, im Bereich darunter wird von 'lernbehindert' (LB) über 'geistig behindert' (GB) bis hin zur 'Idiotie' genau abgestuft und etikettiert. Um gegen den Vorwurf der Vereinfachung gefeit zu sein und noch besser sortieren zu können, unterscheidet diese Wissenschaft schließlich noch zwischen 'praktischer', 'sprachlicher', 'räumlicher', 'mathematischer' Intelligenz, Damit hat nun die Wissenschaft zwar ein hervorragendes Instrument geschaffen, um über Menschen verfügen zu können, nicht aber die Frage nach dem Inhalt geistiger Behinderung beantwortet.

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen

Man müßte sich mit dieser 'Errungenschaft' nicht auseinandersetzen, ginge von ihr nicht so viel Gewalt aus: Der IQ ist vergleichbar der Weiche in einem Rangierbahnhof. Die Gleise heißen Regelschule, Sonderschule für LB, Sonderschule für GB, sowie Anstalten für praktisch Bildbare und Entwicklungsunfähige.

Diese Gewalt besteht darin, daß diese Zuweisungen Zuweisungen zu festgeschriebenen Lebenschancen (z.B. Lehrstelle, Arbeitsplatz; ja oder nein) sind und - zumindest im Schulbereich - ein Muß darstellen, das nicht nur die Betroffenen aussondert, sondern auch für die anderen nicht ganz so Leistungsfähigen eine stete Bedrohung darstellt. Daß diese latente Bedrohung, daß die Existenz der Aussondereinrichtungen die Basis der Fortdauer unseres Regelschulsystems ist, daß die Aussonderung nicht den Bedürfnissen der so definierten Behinderten, sondern denen der Regelschulen entspricht, daß nicht die Schule sich ändern muß, bevor Behinderte integriert werden können, sondern daß die Behinderten integriert werden müssen, damit sich die Regelschule endlich verändert



 das führt wieder in den Bereich der Institutionen und ist anderenorts schlüssig dargelegt (Raith).

Was die Arbeit mit der Meßlatte des IQ ermöglicht, sind rein negative Aussagen: Es werden, analog dem Messen der Hörfähigkeit, durch Tests (siehe Kasten) Defekte festgestellt, es wird beziffert, um wieviele Punkte in den verschiedenen Intelligenzpereichen die Fähigkeiten eines Menschen unter dem Normalwert bleiben. Nicht beschrieben wird damit, was diesen Menschen positiv ausmacht, er erscheint nicht mehr als Person, sondern nur noch als Summe von Defekten, läßt sich allenfalls in der Hierarchie der Defekte positiv fassen . (A. kann ganze Sätze sagen, B. nur halbe.)

Körperbehinderte kennen diese Defektklassifizierung. Sie trifft bei ihnen aber nicht in dem Maße den Kern des Menschen.

So ist es denn auch kein Zufall, daß in all jenen Einrichtungen, wo Menschen sortiert und zugewiesen werden, ständig vom IQ die Rede ist, er sich aber im privaten Alltagsleben nie ganz durchgesetzt hat, wo man doch auch hier so gerne einander mißt und beurteilt. Da redet man dann aber eher von blöde, dumm, klug, schlau, gescheit, auch mal von intelligent, was aber alles nicht deckungsgleich ist mit IQ-Ziffern, sondern eben auch andere Bereiche des Menschen meint. Wir haben uns hier wohl einen Rest von Verstand bewahrt und halten so manchem Politiker, an dessen IQ wir keinen Zweifel hegen, seine Dummheit zugute, um nicht an seinen moralischen Qualitäten zweifeln zu müssen... Mit unserem Alltagsvokabular haben wir aber noch immer keine Vorstellung vom Inhalt geistiger Behinderung. Weder können wir einem geistig behinderten Menschen jede Schläue absprechen, noch werden wir ihn einfach blöde oder dumm nennen.

Es gibt aber einen ganz unwissenschaftlichen Begriff, mit dem vor allem im praktischen Bereich Tätige von Behinderten sprechen, nämlich die Charakterisierung als 'Kinder'. Versuchen wir es also mit diesem Begriff.

Die sanfte Gewalt: 'Unsere großen Kinder'

'Der Leiter der Werkstätten, L.F., sah mit Freude, mit welchem Eifer 'seine Kinder' ans Werk gingen.'

(AZ. 28.10.80) So oder ähnlich kann man es immer wieder lesen in Reportagen über einzelne, meist als vorbildlich dargestellte Einrichtungen. So sprechen wohlwollende Betreuer (innen) allerorts, die erstaunt wären, würde man darin etwas anderes als liebevolle Zuwendung vermuten. Daß es sich bei den 'Kindern' um Erwachsene handelt, die geistig behindert sind, ist für sie kein Widerspruch. denn sie seien eben 'wie Kinder'. Hier gar eine subtile Form der Gewalt gegen Menschen behaupten zu wollen, erscheint als bösartige Unterstellung.

Kindsein schützt vor Strafe nicht Unsere Überlegungen:

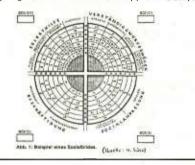
Zunächst einmal schützt Kindsein nicht vor Gewalt. Gewalt gegen Kinder gibt es, angefangen von jener allgegenwärtigen Erziehungsgewalt, die mit scheinbar ganz ungewalttätigen Methoden den Kindern eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten raubt, bis hin zur Kindesmißhandlung. Geistig Behinderte, die als große Kinder gelten, sind diesen Formen der Gewalt genauso ausgesetzt.

Weiter! Sich 'wie ein Kind' zu benehmen beinhaltet gemeinhin eine Diskrimimierung. Der geistig Behinderte ist davon nicht auszunehmen. Kinder werden in der Tat diskriminiert. Wer könnte guten Gewissens behaupten, daß Kinder bei uns wirklich als 'ganze Menschen' anerkannt sind? Erst durch die Erziehung wird doch der Mensch 'ganz', nicht wahr? Und der geistig Behinderte, der angeblich sein Leben lang Kind bleibt? Er wird es also nie zum ganzen Menschen bringen - was ihn aber wiederum nicht davor schützt, ein Leben lang der 'Erziehung' ausgeliefert zu sein.

Insofern gibt es tatsächlich Parallelen zwischen geistig Behinderten und Kindern, nämlich in Ihrer Entmündigung (wohlgemerkt auch im ganz juristischen Sinn) und damit in ihrem Ausgeliefertsein. Nur, daß geistig Behinderte dem nie entwachsen...

TESTS

Zuerst kommt der HAWIK oder der HAWIE (= die gebräuchlisten Normalintelligenztests). Wird hier ein verminderter IQ festgestellt, so setzt speziell "zur Differenzierung der einzelnen Leistungen dieser niedrigen Intelligenzstufe" - die TBGB ein: die Testbatterie für geistig Behinderte. Sagt der Name nicht alles? Bei Bedarf stehen dann noch Psychotests zur Verfügung (siehe B.Brezovsky, H. Süss).



Worauf aber gründet diese Gleichsetzung eigentlich?

Hier nähern wir uns erstaunlich schnell wieder dem, was zum Intelligenzbegriff bereits gesagt wurde. Ausgehend diesmal vom Begriff eines Entwicklungsalters und den zugehörigen Tabellen und Tests werden schlicht und einfach Defekte festgestellt. Was der Praktiker 'kindlich' nennt, bezeichnet der Wissenschafler als "Retardierung" gemeint ist, daß ein erwachsener Behinderter z.B. die Kulturtechniken eines vierjährugen Kindes beherrscht, also gerade sprechen, laufen, auf die Toillete gehen usw. kann, nicht aber lesen schreiben etc...

Wie sinnvoll aber ist es, von einem geistig Behinderten zu sagen, er sei wie ein vierjähriges Kind?



Ärger mit Ämtern?

Haben Sie Schwierigkeiten mit Behörden? Ich stehe Ihnen unbürokratisch mit Rat und Tat zur Verfügung:

Im Bürgerbüro für den Landkreis München

Isartorplatz 8, 8000 München 2 Telefon 22 02 33 (Sprechstunden jeden Montag ab 10 Uhr).



Dr. Peter Paul Gantzer, SPD

Mitglied des Landtags, Petitionsausschuß

Ist das Spiel des Kindes mit den Bausteinen, das eine stetige lustvolle Weiterentwicklung von Fingerfertigkeit und Intelligenz ist, das gleiche Spiel, wenn es ein geistig Behinderter spielt, dem die Entwicklungsmöglichkeit abgesprochen wird?

Wird man einem 40jährigen geistig Behinderten Mann gerecht, wenn man mit ihm und seiner Freundin über ihre Anliegen wie mit kleinen Kindern spricht?



geht schon brav an die Arbeit.

Oder wie verträgt es sich mit dem Kindsein, 8 Stunden am Tag in einer Werkstatt zu arbeiten?

Das pflegeleichte Kind

Der Verdacht drängt sich uns auf, daß die Charakterisierung von geistig Behinderten als Kinder nur eine bequeme Rollenzuweisung ist, die man nach Bedarf vornimmt oder fallenläßt. Sie erleichtert Eltern, Profis und Laien gleichermaßen den Umgang mit den Behinderten: Ein 'Kind' zu füttern, zu wickeln, mit Wäsche zu versorgen etc. fällt ihnen leichter, als dies bei Erwachsenen zu tun. Und so, wie man 'unschuldige Kinder' 'einfach gerne haben muß', so schafft man es dann auch, dem 'großen Kind' gegenüber Nachsicht, Zuwendung bis hin zu Liebkosungen aufzubringen - ohne daß deshalb jemand sich mit einem geistig behinderten Menschen wirklich auseinandersetzen muß in allen seinen Lebensbereichen.

Von daher ist auch zu verstehen, daß alle Ansätze zu einer wirklichen Veränderung im Umgang mit geistig behinderten Menschen einen so beharrlichen Hinweis auf das kalendarische Alter des Menschen beinhalten, da eben das Zum - Kind-Machen auch eine Form der Gewalt

Die Ambivalenz des Entwicklungsbegriffes - und die Gewalt der Rehabilitation

Der vorhin schon gebrauchte Begriff der "Retardierung" geht von einer meßbaren Normalentwicklung des Menschen aus und bedeutet eine Verzögerung derselben. Verzögerung aber beinhaltet Aufholbarkeit. Das heißt nun, daß die Entwicklung eines geistig behinderten Kindes am normal begabten gemessen und als eine wesentlich gleiche, aber langsamere angesehen wird, die dann irgendwann auf irgendeiner Stufe des Kindseins aufhört. Daneben gibt es die sogenannte Entwicklungsunfähigkeit, die ein Stehenbleiben auf der zum Zeitpunkt der Untersuchung festgestellten Stufe prognostiziert.

Diese Begriffe werden zu den zentralen Fixpunkten, an denen sich Hoffnung und Verzweiflung von Eltern ebenso wie Entscheidungen über Förderung und Unterbringung von Kindern festmachen.

Wie fatal die Orientierung am Kindbleiben ist, wurde schon erläutert. Hier sollen einige andere Überlegungen angestellt werden.

Die Gewalt der Normalität

Der Entwicklungsbegriff ist es, der es gerade Eltern so schwer macht, ein angemessenes Verhältnis zu ihren gelstig Behinderten Kindern zu gewinnen.

Sind sie es, die sich zu Recht am hartnäckigsten gegen Diagnosen wie Entwicklungsstillstand zur Wehr setzen, so sind sie es auch, die sich von spektakulären Erfolgsberichten am ehesten zu der Illusion der Normalität, der völligen Aufholbarkeit einer "Retardierung" hinreißen lassen.

Wohl wissend, wie jede Stufe der Aussonderung die Lebenschancenihres Kindes mindert, setzen sie oft sich und ihre Kinder unter einen verzweifelten Therapiedruck, der nur auf jene Normalität der Entwicklungstabellen sieht und unter dem die andere, wichtigere Normalität untergeht: Nämlich das schlichte, liebevolle Verhältnis zwischen Eltern und einem in all seinen Eigenheiten angenommenen Kind. Eine Normalität die allerdings auch in 'nichtbehinderten' Familien eher die Ausnahme sein dürfte!

Wer wollte es der Mutter verdenken, die die geistige Behinderung ihrer Tochter einfach nicht wahrhaben wollte und ihr Kind, um es auf die Regelschule zu bringen, so unter Lerndruck setzte, daß es daran zerbrach? (FR vom 7.2.81). Wie sollen es Eltern fertigbringen, ihrem Kind die bestmögliche Förderung zuteil werden zu lassen, wo es die bei uns eigentlich nicht gibt? Wie sich in dem Wirrwarr der Experten - Aussagen eine eigene Haltung bewahren? Den Alltag nicht zur Therapie umfunktionieren? Die Grenzen ihres akzeptieren und gleichzeitig ihr Eigenwesen erspüren?

Wie sollen Eltern all dies leisten, wenn sie die Wirklichkeit der Sondereinrichtungen, die Einstellungen der Gesellschaft vor Augen haben und dann die Schwäche ihres Kindes sehen? Und dann sollen sie vielleicht gar noch zu dem Bewußtsein gelangen, daß die Interessen von Eltern und die von Kindern, vor allem, wenn sie erwachsen werden, keineswegs identisch sind?

Die Gewalt über die Lebensvielfalt

Gerade der normierte Entwicklungsbegriff versperrt ja jedes Verständnis für eine eigenständige Entwicklung einer geistig behinderten Person. Wie diese verläuft, können wir nicht und andere nicht generell sagen, noch weniger als für irgendeinen Menschen. Hier kann es nur darum gehen, einen geistig behinderten Menschen jeweils ganz konkret anzuerkennen, d.h., ihn und sich selbst in der persönlichen Auseinandersetzung, in der Lebenswirklichkeit zu erkennen.

Ob dann die Frau, deren Entwicklungsstand dem eines 6-jährigen Kindes entspricht, mit 30 noch dieselbe ist wie mit 16...?

Immerhin hat sich mit Hilfe des Entwicklungsbegriffes inzwischen zwar - vor allem dank der Arbeit der Lebenshilfe e.V. - der Gedanke durchgesetzt, daß auch geistig behinderte Kinder gefördert, nicht nur verwahrt und versorgt werden sollen. Daß dies - wiederum 'dank' der Lebenshilfe e.V. - fast ausschließlich in Sondereinrichtungen geschieht, ist ein mittlerweile wohl hinreichend

bewiesener, aber nichtsdestoweniger weitgehend ignorierter Widerspruch in sich.

Rehabilitation in der Anstalt-die brutale Gewalt der Sachzwänge

Wie untrennbar der Gedanke der Förderung von der Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsbegriff einerseits und den Sonderinstitutionen andererseits ist, möchten wir anhand eines "Fallberichts" aufweisen (CG. Bronder).

Die Autoren führten "ein verhaltenstherapeutisches Training mit einem 'typischen Fall' auf einer Liegestation in einer Anstalt für geistig behinderte Kinder durch". Uns interessierten dabei die Erläuterungen zu "typisch". Hierzu heißt es:

"Der Umfang der Leistungen, die für die pflegerische Versorgung der Betreuten und die organisatorische Abwicklung des Tagesablaufs erforderlich sind, ist so groß, daß kaum Zeit für eine gezielte pädagogische Förderung Einzelner bleibt." Konkret heißt das etwa, daß, im Zusammenhang mit Eßunfähigkeit, ein Mittel gebraucht wird, "das denjenigen nicht unbekannt sein dürfte, die mit der Situation der Pflegeeinrichtungen für Schwerstbehinderte vertraut sind: Sie hielten der Patientin die Nase zu, um ... den Schluckreflex auszulösen.

Sowohl für die Patientin als auch für die Betreuer wurden die Mahlzeiten zu einer qualvollen Situation." Ferner: "Die Alltagssituation auf den Liegestationen erschwert es außerordentlich", dem Anspruch "nach intensiver emotionaler Zuwendung auch für diese schwerstbehinderten Kinder" zu genügen. Daß dies nicht allein ein organisatorisches Problem ist, wird deutlich: "Wer jedoch selbst die Leere erfahren hat, die entsteht, wenn Kinder auf Zuwendung und Fürsorge nie mit einem Lächeln oder Wort reagieren, wird sehr vorsichtig die Tendenz der Mitarbeiter beurteilen, ausschließlich der pflegerischen Versorgung ihrer Schützlinge den Vorrang zu geben."

Also geht es wohl nicht anders? Die Autoren nehmen sich eines 11 jährigen Mädchen an, das ganztags liegt, nicht essen, nicht sprechen, nicht verstehen, nicht greifen kann, seit den sieben Jahren seiner Einweisung mit der Diagnose Entwicklungsstillstand in freundlich-apatischer Stimmung verharrt. Nach sechs Monaten verhaltenstherapeutischen Trai-

nings (oder vieleicht intensiver Zuwendung?) kann dieses Mädchen selbständig essen, spielen, Bedürfnisse sprachlich äußern, Reaktionen zeigen und die ersten Schritte machen.

·Selbstverständlich kritisieren die Autoren daraufhin die Etikettierung "Entwicklungsstand" als voreilig. Kann man aber angesichts der "typischen " Zustände wirklich zu keiner anderen Schlußfolgerung kommen als der: "Ein intensiver verhaltenstherapeutischer Einsatz über wenige Monate könnte die Situation vieler schwerbehinderter Kinder in Pflegeeinrichtungen grundlegend verändern."???



Wurde hier nicht deutlich, wie leicht eine Diagnose und Prognose sich selbst erfüllen kann, wenn die Umwelt überzeugt danach handelt? Diagnose Entwicklungsstillstand macht Entwicklungsstillstand.

Und läßt der "typische" Fall nicht grauenhafte Ausmaße dieser Sonder-Normalität ahnen?

Vor allem aber: Wird aus solchen Berichten nicht klar und deutlich, daß es Bedingungen gibt, die einen Menschen zwingen, seine ohnehin geschwächten Sinne zu verschließen und in Apathie zu verharren?

Oder die ihn, sofern er noch einen Rest an Kraft besitzt, so unruhig und aggressiv machen, daß man sich "therapeutisch" um ihn bemüht? Was, da man in ihm ja nur die Behinderung zu sehen fähig ist, logischerweise Medikamente (Psychopharmaka) bedeutet, im Extremfall sogar Psychochirurgie.

So ist es in Ärztezeitschriften gang und gäbe, nur noch die Wahl des Medikaments und seine 'Nebenwirkungen' zu diskutieren, wenn es darum geht, Patienten, die "die ganze Atmosphäre des Milieus schwer beeinträchtigen". zu "Objekten einer realisierbaren Erzeihung" zu machen (E.Zalman).

Billigt man straffällig gewordenen nichtbehinderten Jugendlichen längere Heimaufhenthalte mittlerweile als mildernde Gründe zu, so fordern Mediziner, die sich mit ihren Fallzahlen brüsten:"Die doppelseitige stereotaktische Ausschaltung von thalamischen Zentren (= Zerstörung von Teilen des Gehirns) sollte bei erethisch-imbezilen oder oligophrenen Kindern, die wegen ihres aggressiven und destruktiven Verhaltens sozial untragbar geworden sind, häufiger erwogen werden. "(MT - 3,21.1.77)

Psychochirurgie ist in vielen Ländern längst verboten. Nicht in der BRD. Der Psychopharmakagebrauch hat dort, wo die Anstalten zugunsten anderer Lebensformen aufgelöst wurden, rapide abgenommen.

FAZIT:

Es gibt sie noch, jene gemeinhin als "mittelalterlich" bezeichneten Zustände. Im Kampf für die Auflösung der behindernden Aussondereinrichtungen gilt es, alle diese Formen der Gewalt gegen - aus den Rastern der Norm fallende Menschen zu bedenken – und zu bekämpfen!

WER ZAHLEN BRAUCHT, UM EIN PROBLEM ZU ERMESSEN...

Als geistig behindert gelten in der BRD:

- ca. 350 000 Menschen
- ca. 10% aller Behinderten
- ca. 0,6% aller Kinder

Als lernbehindert gelten:

- ca. 5,5% aller Kinder

MEDIZINISCHE URSACHEN für geistige Behinderungen

- 1. Genetische Schäden, darunter: vererbliche Stoffwechselleiden, die nur bei Nichtbehandlung zu g.B. führen.
- vorgeburtlich feststellbare Chromosomenanomalien, bei denen der einzige bekannte Risikofaktor das Alter der Eltern ist (z.B. Down-Syndrom).
- 2. Schädigungen während der Schwangerschaft oder Geburt, darunter:
- Krankheiten der Mutter (Röteln etc.)
- Drogeneinnahmen (Alkohol, Medik.)
- Sauerstoffmangel bei der Geburt (besonders oft bei 'programmierter Geburt')
- 3. Schädigungen nach der Geburt:
- Kriegsverletzungen
- Krankheitsfolgen (Gehirnentzünd.)
- Unfallfolgen



In den Nachkriegsjahren war zwar das Leben von (geistig) Behinderten nicht mehr akut bedroht, doch für ihre Förderung und die Entlastung ihrer Eltern staatlicherseits so gut wie nichts getan. Aus diesem Grund schlossen sich Ende der 50er Jahre betroffene Eltern, Interessierte und sogenannte Experten zu der Elternvereinigung 'Lebenshilfe für geistig Behinderte' zusammen. "Übergeordnetes Ziel der 'Lebenshilfe' ist, für die geistig Be-hinderten und ihre Familien verbesserte Lebensbedingungen zu schaffen und auf die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in Leben und Gesellschaft hinzuwirken". So wurde zunächst der Begriff "geistig behindert" geprägt. Dieser hört sich anders, abmildernder an, als z.B. "schwachsinnig". Außerdem sollte damit der Diskrimimierung dieser Personengruppe entgegengewirkt werden. (Ob durch einen anderen Begriff ein anderes Bewußtsein gegenüber Minderheiten geschaffen wird?) Ein weiters Ziel der Lebenshilfe war und ist der Aufbau eines dichten Netzes von Frühförderstellen, (Sonder) Kindergärten, Bildungs-, Werk- und Wohnstätten sowie eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Eine der jüngsten Aufgaben ist die Entwicklung von "familienentlastenden ambulanten Hilfen", um u.a. eine Heimunterbringung zu vermeiden. Getragen wird diese Arbeit von der Bundeszentrale in Marburg, den elf Landesverbänden sowie den etwa 400 Orts- und Kreisvereinigungen, die autonom tätig sind. So sind beispielsweise bei der Münchener Lebenshilfe-Arbeit ganz andere Akzente gesetzt als bei ländlichen Vereinigungen, wo meist die Vorstandschaft aus den dortigen Honoratioren besteht. Dies hat zur Folge, daß sich dort die Maßnahmen weniger an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren, sondern mehr an althergebrachten Vorstellungen wie z.B. große Heime im Grünen. Bei Vereinigungen hingegen, deren Vorstand hauptsächlich aus aufgeschlossenen Eltern geistig behinderter Kinder besteht, werden die Bedürfnisse der Behinderten weitgehend berücksichtigt. Ein Beispiel dafür sind die beiden offenen Wohnheime in München -Obermenzing. Eines davon stellen wir weiter hinten vor.

Wohnen so ...

Anstalt

Obwohl es im "Handbuch der Rehabilitation für Behinderte in Bayern" heißt: "Geborgenheit und menschliche Atmosphäre ... (sei) die Maxime aller Betreuungsarbeit" (S. 13/2) gibt es immer noch viele Großeinrichtungen. Die beiden größten in Bayern haben 1250 bzw. 1400 Plätze. Der Durchschnitt liegt bei

Die Zimmer sollen mit einer Dusche – zumindest mit einem Waschbecken – ausgestattet sein. Ansonsten sind sie nach den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner einzurichten. Allerdings wurden diese Heime für jeweils ca. 80 Behinderte geplant und gebaut – sozusagen als "Zwischenlösung" zu den erwähnten Großanstalten und den Kleinstwohnheimen.

Im Prinzip gibt es für geistig behinderte Menschen, je nach ihren Fähigkeiten, vier verschiedene Wohnformen: Intensiv—, heiminterne—, halboffene— und offene Wohngruppen. Dies ist sehr positiv, doch es darf dabei nicht vergessen werden, wie die Praxis aussieht: Lange Wartelisten und viel zu wenig individuelle Wohnmöglichkeiten sind oftmals die Gründe , weshalb geistig behinderte Menschen untergebracht werden, wo gerade ein Platz frei ist — meist eben



etwa 300 Plätzen. Dort werden und wurden die geistig Behinderten untergebracht — verwahrt: in Massenschlafsälen und Mehrbettzimmern. Daß es in dieser Atmosphäre keine Persönlichkeitsentfaltung und Entwicklung gibt, braucht wohl nicht eigens erwähnt zu werden.

Nicht nur dort, sondern auch in Abteilungen von psychiatrischen Anstalten fanden und finden geistg behinderte Menschen ihr "Zuhause". Daß diese dort fehlplaziert sind nur jene?! - wurde von offizieller Seite erst 1974 durch die Psychiatrie Enquete festgestellt. Als Konsequenz wurden Heime, separat von derartigen Institutionen, für diese Personengruppe gefordert und zum Teil errichtet.

Erst in Jüngster Zeit kamen die Lebenshilfe und ähnliche Vereinigungen zu dem Schluß, daß solche Wohnheime neu zu konzipieren sind; Wohnlichkeit soll hierbei Vorrang haben. in Anstalten. Auf Wünsche und Fähigkeiten des Betroffenen wird dann kaum noch Rücksicht genommen.

... oder so ...

Offenes Kleinstwohnheim Packenreiterstr. 2

Dort leben in einem zweistöckigen Haus 15 geistig und mehrfachbehinderte Frauen und Männer wohngemeinschaftsähnlich zusammen. Die Mitarbeiter — die übrigens nicht dort wohnen, außer zur Nachtbereitschaft — haben helfende, begleitende und beratende Funktion. Die Intention diese Wohnheimes, das wir nicht als solches sehen, macht eine von vier Zielvorstellungen besonders deutlich: "Wir wollen durch die Gestaltung des Lebens im Wohnheim unseren Bewohnern das Gefühl von Zu—Hause—Sein, Geborgenheit und

Sicherheit ermöglichen (ausgehend von den Wohn- und Lebensbedürfnissen, die wir auch für uns beanspruchen, wie Einzelzimmer, möglichst wenig Heimatmosphäre und starre Regeln)".

Neun Regeln sollen das dortige Zusammenleben und -wohnen erleichtern

Darunter fällt auch das Ab- und Anmelden der Bewohner, das vor allem der eigenen Sicherheit dient und nichts mit Kontrollen zu tun hat. Daß sie ohne weiteres bei Freuden übernachten, ist eine Selbstverständlichkeit – für den umgekehrten Fall gibt es im Hause ein Gästezimmer. Ein wichtiger Aspekt ist die Mitund Eigenverantwortung. So werden auf der wöchentlichen "Wohnheimversammlung" Einkaufs-, Koch- und Putzplan sowie alle anstehenden Belange besprochen. Die genannten Aufgaben werden von den Bewohnern selbst oder mit einem Mitarbeiter erledigt. Was das Heimgesetz als Mitwirkungsmöglichkeit vorsieht und was in Großeinrichtungen meist zur Farce verkommt, wird hier ganz selbstverständlich praktiziert.

... oder so?

Wohngemeinschaft

Um das Grundbedürfnis nach individuellen Lebensmöglichkeiten weitgehend zu verwirklichen, strebt die "Lebenshilfe" wohngemeinschaftsähnliche Formen des selbstständigen Wohnens an. Behinderte, die sich dies zutrauen, werden in einer sog, Wohnschule innerhalb von zwei Jahren dafür vorbereitet. Praxisbezogen erlernen sie u.a. Haushaltführung, Lebenspraktisches - z.B. durch Rollenspiele, wie man ein Bankkonto eröffnet und dieses handhabt. Dazu meint ein Betroffener: " 'Es ist gut, daß wir unser Geld selbst haben und damit zurechtkommen " " ("Die Lebenshilfe Zeitung", Nr. 3/83).

Zu diesem autonomen Wohnen und Leben gehören auch Selbstverwaltung und Eigenverantwortung. Beides wurde und wird den Behinderten in unserer Gesellschaft - nicht nur geistig Behinderten - kaum zugestanden. Bei Problemen usw. stehen Mitarbeiter der "Lebenshilfe" beratend und helfend zur Verfügung. Über Bezeichnungen wie "Wohnschule", "Wohntraining" usw. mag man geteilter Meinung sein. Doch gegenüber den Tendenzen der öffentlichen Institutionen, die nach wie vor die "Unterbringung" geistig behinderter Menschen in Großanstalten befürworten, ist die skizzierte Intention der

Lebenshilfe-Vereinigung Bad Dürkheim ein Schritt-in Richtung Normali-

sierung der Situation geistig behinderter Personen.



Integration ~ Ein Kinderspiel

tut's ihm nach. Eine ganze Weile pru-

Gestern war ich auf einem sommerlichen Musikfest: Ein Einödhof in
idyllischer Lage, ein paar Leute feiern
zusammen Geburtstag, aus allen Himmelsrichtungen strömen Bekannte zusammen, meist junge Leute, mit vielen
kleinen Kindern, die auf dem Gelände
vielerlei Betätigung und schnell zusammen finden. Ein Dreikäsehoch im Rollstuhl - FC Bayern-Fan und dem HSV
gar nicht gewogen, wie ich erfahre kurvt eifrig zwischen Dreirädern,
Bobby-Cars und diversen anderen Gefährten mit herum.

Da tauchen zwei neue Gesichter unter den Kindern auf. Ich stutze, an denen ist etwas seltsam: so schräge Augen, so rundliche Nacken, bißchen schwerfälliger Gang für die Größe von Fünfjährigen. Doch schon sind sie woanders.

Nachher, als meine Lena mich zu dem lustigen Gekreische zerrt, das von einer dichtbelagerten Plantschwanne hertönt, Ierne ich sie kennen: Florian und Simon, die Zwillinge mit Down-Syndrom (Mongolismus). Florian wirft einen kecken Blick auf die Situation, schnappt sich ein Gefäß, taucht ein, führt es an den Mund, prustet und gurgelt, schmeißt das Wasser hoch in die Luft, quietscht und schüttelt sich am ganzen Körper vor Lachen. Simon, aufgeregt mit den Armen rudernd,

tut's ihm nach. Eine ganze Weile prusten, gurgeln, spritzen, quietschen und lachen alle sieben Kinder, am lustigsten sind die zwei, weil am hemmungslosesten. Die umsitzenden Mütter und Väter kommen kaum zu einer Unterhaltung, weil einfach jeder mitlachen muß.

Jetzt kommt Simon mit einem Becher voll Wasser auf Lena zu. Er wird ihn ihr, der ganz Kleinen, doch nicht drüberschütten! Aber nein. Er nimmt Lenas Arm und gießt ihr langsam Wasser auf die Hand. Lena guckt auf ihre Hand, dann auf Simon - beidseitiges Lächeln, gleich nochmal machen.

Nach dem Wasserspiel Klettern und Holzschichten in der Scheune. Man muß ein bißchen hinterhersein hinter den zwei Wildfängen, denn auf der Leiter sind sie zwar geschwind oben, wissen aber nicht, wie's rückwärts geht. Einer der kleinen Jungen schaut sie bisweilen etwas nachdenklich an, die beiden, die so lustig sind, aber nur glucksen, nicht reden. Er weiß auch nicht so recht, wie er sich verhalten soll, als er von Florian einfach ohne Umschweife beseitegeschoben wird, weil er ihm im Weg ist. Er hat nämlich in seinem Alter schon Ansätze von "Umgangsformen",

Aber schon geht die Entdeckungsreise der Kinderschar weiter, wendet sich die allegemeine Neugier dem Gitarrenklang zu. Bald ist der Spieler von lauschenden Kindern umlagert. Simon und Florian sind unter ihnen. Nur: Sie setzen sich nicht einfach hin, sie schieben den Kopf ganz nahe ran, legen das Ohr fast an den Klangkörper, verharren erst dann so still wie die anderen.

Beate, die Mutter, mit dem 3. Kind schwanger, ist froh, daß die beiden jetzt in einem normalen Kindergarten sind. Ob es schwer gewesen sei, sie in dem normalen Kindergarten unterzubringen?: "Viele Wege, sehr viele Gespräche, aber schließlich haben sie zugestimmt." Und es war die Mühe wert. Nicht nur, daß die beiden sonst um 7 Uhr früh schon abgeholt worden "Vor allem haben wir jetzt ein ganz anderes Verhältnis zu den Leuten am Ort. Die waren vorher uns gegenüber so befangen, daß die uns gemieden haben. Jetzt erzählen die Kinder daheim von den beiden, begrüßen sie auf der Straße mit 'Hallo. Simon und Flori', und da haben auch

die Mütter ihre Scheu verloren." Beate meint, vielleicht sei es ein Glück, daß sie auf dem Dorf leben, wo die nächste Sondereinrichtung so weit weg sei.

Wir fragen: "Wenn wir in unserer Zeitung über euch schreiben, was soll da drinstehen?"

Nur kurzes Zögern, dann sagt Linda, leicht errötend, sehr ernsthaft:

"Freundschaft". Sie merkt, wie groß die Anteilnahme aller an diesem Thema ist und sucht nach weiteren Äußerungen. Bernt, dem die Worte leichter über die Lippen gehen, kommt ihr zuvor: "Freundschaften gibt es hier schon, aber schwierig ist's auch." Wir erfahren, daß es ein bißchen eng zugeht im Haus, nicht jeder ein Einzelzimmer hat, wo man ganz ungestört ist. Am leichtesten ist es für Freun-

despaare innerhalb des Hauses. Elli: "Aber von draußen, die dürfen nicht herkommen." Nicht etwa wegen der hiesigen Hausordnung, sagt man uns, sondern die Behindertenheime oder auch die Eltern lassen die Leute nicht raus.

Und Freundschaften mit Leuten aus der Nachbarschaft?

Bernt begeistert sich für "die Blonde, die immer aus dem Fenster schaut." Nun aber hagelt es Spott für ihn von allen Seiten: "Weil die grad dich anschaut!" - "Aber grüßen tut sie mich." " Mich auch und sonst?"

Linda ist es, die dem Gespräch wieder eine ernsthafte Wendung gibt. "Eine richtige Freundschaft, ja, da möchte ich mit meinem Freund halt auch richtig zusammenwohnen, in einer ganz normalen Wohnung. Aber", fügt sie leise hinzu, "das schaff" ich ja nicht."

Arbeit in der WfB – Anspruch und Wirklichkeit

Es würde zu weit führen, wollten wir hier auf die vielschichtige Problematik der Werkstätten für Behinderter (WfB) eingehen — dies wird ein eigenes Schwerpunktthema der LUFTPUMPEsein. Weil jedoch als Arbeitsplatz für geistig Behinderte in der Regel die WfB in Frage kommt, können wir diesen Bereich nicht völlig ausklammern.

In der "Deklaration der UNO über die Rechte behinderter Menschen" vom 9.12.75 besagt Punkt sieben: "Behinderte haben Anspruch auf wirtschaftliche und soziale Sicherheit und auf angemessenen Lebensstandard. Sie haben das Recht, sich einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu beschaffen und ihn zu behalten oder eine sinnvolle, produktive und vergütete Beschäftigung aufzunehmen und Gewerkschaften beizutreten".

Dies hört sich sehr positiv an, doch in der Praxis sieht es dann oft anders aus. Nehmen wir z.B. die wirtschaftliche Sicherheit. Bei einem Mindestverdienst von etwa DM 90,-; bzw. einem Durchschnittsverdienst von etwa DM 300,-/Monat kann davon nicht die Rede sein, da diese Beträge für einen angemessenen Lebensstan-

Montage

Ich heiße Rudolf Mittermaier, bin 22 Jahre alt und arbeite in der Lebenshilfe Werkstatt in der Elektro-Abteilung.

Mein Chef ist der Herr Bannert und Herr Pöupl. Ich bekomme von ihnen die Arbeitsanleitung und habe schon viel gelernt. Zum Beispiel: Verzinnen, Löten, Glimlampen schneide, Schließfächer montieren, BMW - Teile nieten und montieren.

Wir arbeiten für verschiedene große Petriebe wie BMW, Siemens, Miele, Osram.

Dir arbeiten von 8 Uhr bis 16.30 und haben zwei kleine Pausen und eine Mittagspause. Pa bekommen wir das Essen von der PMW-Küche. Nach der Arbeit bin ich ziemlich müde, dann muk ich eine gute Stunde mit Bus und S'Bahn fahren und bin froh, weenn ich mich ausruhen kann, damit ich am nächsten Tag wieder um 1/2 6 Uhr aufstehen kann.

In der Arbeit haben wir auch Spaß. Wir dürfen uns manchmal unterhalten und Musik hören. Manchmal streiten wir Kollegen auch ein bißchen, besonders wenn Fohn ist. Aber dann vertragen wir uns wierer undmachen Spaß.



dard nicht annähernd ausreichen. Die Tätigkeit mag damit der Produktivität entsprechend vergütet sein, der Behinderte bedarf jedoch zusätzlicher Sozialleistungen (BSHG). Letztlich bedeutet das dann doch, daß sich der Behinderte, der seine volle Leistung erbringt, minderwertig fühlen muß.

Hier müßte unserer Ansicht nach ein Entlohnungssystem entwickelt werden, bei dem sich geistig behinderte Menschen wirtschaftliche Sicherheit und ihren Lebensstandard selbst schaffen könnten.

Problematisch erscheint uns auch das Schwerbehinderengesetz, in dem es im § 52 Abs. 3 u.a. heißt: Die WfB's sollen "allen Behinderten... offenstehen, sofern sie in der Lage sind, ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen". Daraus ergibt sich für uns die Frage: Welche Konsequenz hat diese Aussage für geistig behinderte Menschen, die diese Forderung nicht erfüllen können? Eine leitende Angestellte einer WfB hat uns gegenüber zwar geäußert, daß ieder Behinderte zu irgendeiner Form wirtschaftlich verwertbarer Arbeit fähig sei, doch aus eigener Erfahrung wissen wir, daß für manche Behinderte der Werkstattbesuch eine Überforderung bedeutet.

Speck — Professor für Sonderpädagogik — geht davon aus, daß die Tätigkeit in WfB's " den einzelnen quantitativ und qualitativ nicht überfordert, Erfolge und Anerkennung einbringt und von einer sozialen Eingliederung in den Betrieb begleitet wird" (S. 140). Wir sehen darin Sollvorstellungen, die sich mit den tatsächlichen Gegebenheiten — wie auf Rentabilität ausgerichtete Produktionsstätten, eintönige Serien— und Montagearbeiten (Monotonie!) — nicht vereinbaren lassen.

Ein Konzept zu erstellen, das allen Anforderungen und Bedürfnissen gerecht wird, ist sicher nicht leicht. Doch es müssen mehr Alternativen zu den industriellen Tätigkeiten geschaffen werden, damit die geistig behinderten Menschen nicht zu Automaten werden. Wir denken dabei vor allem an den kunsthandwerklichen Bereich, der nicht nur Kreativität zuläßt und fördert, sondern dem Behinderten auch einen realen Bezug zum Hergestellten vermittelt. Dies bringt ihm doch weit mehr Erfolg und Anerkennung ein, als beispielsweise das Zusammensetzen von soundsovielen Steckern pro Tag. Schließlich gehört zur persönlichen Entfaltung eine anregende Tätigkeit.

Wenn die "berufliche Eingliederung ... (tatsächlich) ein wesentlicher Teil der sozialen Integration des behinderten Menschen in die Gesellschaft" (Speck S. 133) ist, so darf sie nicht in den WfB;s enden. Dies erfordert die Abkehr vom allgemeinen Leistungsprinzip und die Anerkennung von individueller Leistung. Erst wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, ist unserer Meinung nach ein Miteinander möglich, das dann zu recht Integration genannt werden kann.

Wie siehts bei unsern Nachbarn aus? z.B. Dänemark

Es würde zu weit führen, wollten wir auf den gesamten Komplex der dänischen Hilfen für geistig Behinderte eingehen. Deshalb beschränken wir uns auf das "Normalisierungsprinzip" und die Förderung zur Selbstständigkeit, da uns dies als wesentlicher Gegenpol zum früheren Anstaltsprinzip erscheint.

Das Normalisierungsprinzip

Um es gleich vorwegzunehmen; dieses Prinzip hat nicht das Ziel, geistig behinderte Menschen zu normalisieren, oder anzupassen, sondern:" 'Anerkennung des geistigbehinderten Menschen und seiner Behinderung. Gleichstellung des Behinderten mit anderen Bürgern des Landes. Das Recht der Behinderten auf Behandlung, Unterricht und Ausbildung, die dem jeweiligen Behinderungsgrad anzupassen sind, damit sie sich optimal entwikkeln"

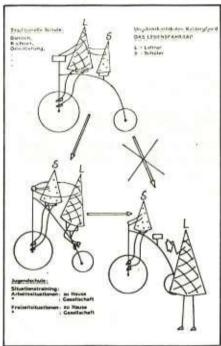
Dieses Prinzip ist ein Orientierungsrahmen für die Intergration geistig Behinderter in Dänemark. Dadurch sollen einerseits durch ambulante Hilfen behinderte Kinder möglichst bei ihren Eltern wohnen bleiben können - andererseits die Heranwachsenden die Möglichkeit erhalten, außerhalb des Elternhauses zu leben. Also die Wahrung der üblichen Lebensbereiche und -bedingungen. Ein weiterer Bestandteil ist das Gleichberechtigungsprinzip, nach dem es für Behinderte bzw. bestimmte Personengruppen keine gesetzliche Sonderregeln geben darf. Desweiteren beinhaltet das Normalisierungsprinzip, daß Behinderte ebenso selbstverständlich an Freizeitveranstaltungen teilnehmen und sie beanspruchen wie die übrige Bevölkerung.

Um die Ziele des Nomalisierungsprinzips in Dänemark zu erreichen, werden dort Integrierungs- und Segregierungs (=Ausgliederung) - Merkmale als Arbeitsmethoden angewandt. Da man davon ausgeht, daß "Behinderung normal ist, ist auch Spezialunterricht durchaus normal, der für jeden Mitbürger angeboten werden muß, der ihn benötigt". Ein Widerspruch wird hier anscheinend nicht gesehen. Außerdem sollen behinderte Menschen auch unter sich bleiben bzw. sein können, wenn sie es wollen. Muß dies wirklich eigens erwähnt werden?!

Vor allem bezüglich der Wohnmöglichkeiten für geistig behinderte Menschen findet das Normalisierungsprinzip nun auch in der BRD seinen Niederschlag.

Selbstständigkeit wird großgeschriebe

Die dänischen (Sonder-)Schulen sind, einer derzeitigen Tendenz zur Folge,



nicht nach dem Behindertengrad gegliedert, sondern nach Altersabschnitten; also in sog. Kinder-, Jugendund Erwachsenenschulen. Der Unterricht der Jugendschulen - der teilweise mit einem Wohnheim kombiniert sind - " ist auf das zukünftige Leben der Jugendlichen gerichtet und konzentriert sich auf Wohntraining, Freizeitunterricht und Erwerbsausbildung. (Sie) sind ein wichtiger Bestandteil hin zur Selbstständigkeit und ein erster Schritt in der Lösung von zu Hause auf ein eigenständiges Erwachsenenleben" (Drever).

Diese Unterrichtsinhalte werden durch Wohn- und Werkstattpraktika ver-

New Found Attila

Alle 14T are gehe ich zum Reiten. Es gibt 3Pferde.

Maxel, Bella, und den Haflimger Attila. Am Korgen werden die Pferde geputzt. Der Stallwird ausgemistet, und es wird frisches Heu hereingetan. Dann wird das Pferd gesattell und zur Reitbahn geführt. Während Attilla an

einer langen Leine, auch Longe genannt läuft, reiten wir, und machen auf seinemRücken Übungen. Danach machen wir Mittagspause. AM Nachmittag werden die anderen beiden Pferde auch noch gepuzt und gesättelt. Dann wird ausgeritten, wobei sich die Reiter abwechseln. Anschließend werden die Pferde nochmal versorgt. Die Hufe werden ausgekratzt, und sie kriegen Wasser und eine Belohnung. Dann kommen sie auf die Koppel und wir fahren nach Hause.

tieft. Ersteres - ihm geht ein intensives Wohntraining voraus - teilt sich grob gesehen in drei Stufen auf: Übungswohnung in der Schule, "beschützte Wohnung" (z.B. in einem Wohnheim) und selbständige Wohnung. Ziel dieser Maßnahme ist es, daß der Schüler mit alltäglichen Situationen und minimalen Hilfestellungen zurechtkommt. Die vier sechswöchigen Werkstatt- bzw. Berufspraktika sollen dem Absolventen Einblicke in die Arbeitsbereiche der beschützenden Werkstätten einerseits und der freien Wirtschaft andererseits vermitteln. Hinzu kommen der Umgang mit Mitarbeitern, selbstständiges Fahren zur Praktikumsstelle usw.

Da für jede Initiative, die zunächst von Behinderten ausgeht — wie z.B. Theaterspielen, unterstützende Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden, sieht ein Beobachter darin eine Art Überversorgung. Daraus folgern wir, daß Kontakte usw. überwiegend zu "Profis" bestehen.

Mit diesem grob skizzierten Konzept haben die Dänen in der Integration geistig behinderter Menschen einen Weg beschritten, der zwar vom Anstaltsprinzip wegführt, jedoch noch nicht aus den Sondereinrichtungen. Außerdem muß die Selektierung innerhalb der Personengruppe geistig Behinderter gesehen bzw. ihr entgegengewirkt werden.

Was aber Dänemark so grundlegend von der BRD unterscheidet, ist die aufgeschlossene Einstellung der Bevölkerung gegenüber Behinderten ganz allgemein. Dies geht sicherlich auf geschichtliche Prozesse zurück. Vielleicht hat aber auch dazu beigetragen, daß der Staat, durch die großzügige Bereitstellung aller erforderlichen Hilfen, den Behinderten mehr persönliche Würde zugesteht als anderswo.



Italien - Integration ohne Sonderinstitutionen

In Italien fand seit den 60er Jahren eine umfassende soziale Bewegung statt, die zur Folge hatte, daß per Gesetz alle staatlichen Großanstalten und Sondereinrichtungen aufgelöst wurden.

An die Stelle dieser Institutionen ist ein dichtes Netz von lokalen und regionalen Zentren für ambulante Hilfe und Therapie getreten. Menschen, die durch langjährigen Anstaltsaufenthalt lebensuntüchtig geworden sind, nicht in einer der neugegründeten Wohngemeinschaften oder Wohn—Arbeits—Kooperativen leben können und denen eine Rückkehr in ihre Familien (in Italien sind dies oft Großfamilien) nicht möglich ist,

können in den – nun auch für andere Zwecke genutzten – Anstaltsgebäuden wohnen bleiben und versorgt werden.

Erwähnenswert erscheint uns die besonderen Arbeitsmöglichkeiten, die es unseres Wissens nur in Italien gibt: Dort wird, mit Hilfe der ambulanten Zentren, viel Engagement und viel Phantasie, eine für einen geistig behinderten Menschen geeignete Tätigkeit (z.B. Fotokopieren) in einem normalen Betrieb seiner Umgebung gesucht. Dieser Arbeitsplatz wird dann staatlich subventioniert, so daß auch der Behinderte den garantierten Mindestlohn erhält.

Integrative Schulen – ein Gewinn für alle

Durch die Abschaffung der Sonderschulen in Italien – eine "pädagogische Revolution" -, stehen seit 1977 allen behinderten Kindern, unabhängig von Art und Schwere der Behinderung, die staatlichen Tegelschulen offen. Weil "Aussonderung und Auslese als Naturprinzip nur menschenunwürdige Lösungen" (Roser) bedeuten, beschritt Italien den direkten Weg der Integration: nämlich Auflösung der Sondereinrichtungen. An ihre Stelle trat die schulische Eingliederung, die durch die " 'Gesamtentwicklung der italienischen Schulen, (die) seit den sechziger Jahren ... eine grundlegende Abkehr vom reinen Leistungsprinzip vollzogen' " begünstigt wurde. Durch den integrativen Unterricht mußte sich die Institution Schule verändern. D.h. u.a. Reduzierung der Klassenstärke von 25 auf 20 Schüler, wenn in der Klasse ein Schüler behindert ist; Anforderung von sog. Stützlehrer/innen, die bei Bedarf den behinderten Schüler intensiv fördern; Abschaffung der Ziffernbenotung in den Elementar- und Mittelschulen.

Für die Wegbereiter der "pädagogischen Revolution" und der vorausgegangenen Psychiatriereform (Basaglia, Milani;Comparetti u.a.) war folgender Grundsatz wichtig: "Schule ist nicht nur Ort einer mechanistischen Wissenvermittlung, der den abstrakten Bedürfnissen der Gesellschaft zu genügen hat, sich aber fern von den Motivationen bewegt, sondern die Gelegenheit der Bewußtwerdung, der Suche nach dem Wissen und vor allem der Gestaltung der mitmenschlichen Beziehungen"Das mancherorts zur Farce gewordene Jahr-des-Behinderten-Motto "Einander verstehen miteinander leben" von 1981 ist in Italien weitgehend verwirklicht, vor allem im Schulalltag. Wie dieser z.B. aussehen kann und welche Problem-Lösungen sich in einer Klasse mit 18 Schülern - davon ein taubstummer Junge und zwei Mädchen, die geistig bzw. körperbehindert sind - ergeben können, soll folgende Erfahrung verdeutlichen: Als die Lehrerin sich um ein anderes Verhälnis (zum Sichmelden) bemühte, machte sie, wie sie heute sagt, "die vollkommen unvorhergesehene Erfahrung, daß die anderen Kinder keineswegs, wie ich geglaubt und gefürchtet hatte, zu kichern anfangen, wenn die (Behinderte) nichts sagt, sondern daß

die Kameraden entweder spontan dem behinderten Kind zu erklären versuchen, worum es geht, oder daß sie mir dolmetschen, was Christina oder Tonio da eben ausdrücken wollen".

Sicher ist beispielsweise die geistig behinderte Christina weit vom "Klassenziel" des 5. Schuljahres entfernt - doch darum geht es gar nicht so sehr, sondern viel mehr um die Anregungen und das Umgehen mit der alltäglichen Umwelt.

Hierzulande wird immer wieder argumentiert, die gemeinsame Unterrichtung behinderter und nichtbehinderter Kinder habe unweigerlich eine nicht vertretbare Vernachlässigung der einen oder anderen Gruppe zur Folge. Daß dies nicht der Fall ist, hat Italien längst bewiesen.

Die Gesetzgebung hat in Italien die bereits erwähnte soziale Bewegung aufgegriffen und beschleunigt - jedoch keine fertigen Zustände geschaffen. Die Bemühungen um Integration sind immer noch Kampf gegen Konservativismus, Trägheit und Vorurteile.



Zurück in die BRD. Von staatlicher Seite geschieht auf diesem Gebiet kaum etwas - solche Bestrebungen und Initiativen gehen von engagierten Eltern aus, die mit dem Sonderschulsystem unzufrieden sind. Integrierte Schulen werden vor allem dort massiv gefordert, wo bereits ein gemeinsame praktiziert Kindergartenerziehung wird, wie z.B. im Kinderhaus "Friedenau" in Berlin . Als konsequente Fortführung der Kinderhaus-Arbeit setzten Eltern von behinderten Kindern integrierte Klassen an der Fläming-Grundschule durch. Dort und seit diesem Schuljahr an drei Hamburger Grundschulen haben nun auch geistig Behinderte Kinder die Möglichkeit, Grundschulen zu besuchen.

Wenn man bedenkt, daß noch vor zwanzig Jahren geistig Behinderten in der Regel jeglicher Unterricht verwehrt wurde, sind die erwähnten Schulklassen ein Meilenstein der Integration geistig Behinderter Menschen. Zu bedenken ist allerdings auch, daß dies der Anfang eines Normaliesierungsweges ist, der noch vieler Meilensteine bedarf.

BERLIN

PER ANHALTER

Götz-Dieter Hochfeld ist nicht nur schwerbehindert und Mitarbeiter der LP, er geht auch sehr eigenwilligeWege. So unternahm er einen Versuch, ohne vorherige Organisation einer Begleitperson - die er braucht - Berlin zu genießen.

EIN VERSUCH IN DER FUSSGÄNGERZONE IN TEGEL

Meine Mutter brachte mich in die Fußgängerzone in Tegel. Dort stand ich etwa 15 Minuten, dann kamen zwei Damen vorbei, die ich fragte, ob sie mich zum Tegeler See fahren würden. Sie sagten: "Wir gehen leider nicht zum Tegeler See, wir können sie aber ein Stück mitnehmen bis an die Eiskaffeediele". Dort warteten zwei Freundinnen von ihnen, mit denen sie fortgingen.

Ich war Gott-sei-Dank an einem Tisch, wo gerade zwei Leute saßen und ihr Eis schleckten. Ich fragte sie, ob sie mir beim Essen behilflich wären. Doch sie lehnten höflich ab mit den Worten. sie hätten keine Zeit, sie müßten jetzt schnell weiter. Sie gaben mir aber die Eiskarte. Ich suchte mir Eis aus, und cirka 5 Minuten später kam der Kellner.

Aber ich hatte niemanden, der mich fütterte. So fragte ich den Kellner, ob er mich an den Nebentisch fahren würde, an dem andere Leute saßen. Aber auch diese sind aufgestanden und abgehauen. Eine Frau hatte nun aber gehört, wie ich um Hilfe bat und fragte; "Kann ich ihnen helfen?"

Später dann kamen drei andere Passanten, die sich zu mir setzten und keine Scheu hatten. Sie fragten mich, ob ich ein anderes Eis spendiert haben wollte, das sie mir gern zu essen halfen.

Einer von ihnen fuhr mich danach über die Berliner Straße an eine der dort stehenden Bänke. Nach einiger Zeit ließ ich mich von einem jüngeren Mann an die Telefonzelle fahren, um zu telefonieren. Dabei bekam ich wieder Appetit auf Eis und sprach etwa 5 Leute an, die mich zu fahren ablehnte. Entweder mußten sie weiter oder hatten andere Ausreden. Doch der sechste Befragte half mir beim Eisesssen. Er half mir gern.

Nun wurde es Zeit für mich, nach Hause zu fahren, denn ich wußte ja nicht, wieviele Leute ich zum Nachhausekommen ansprechen mußte.

Ich fand einen Mann, der mich wiederum über die Berliner Straße zu einer Parkbank schob. Schließlich brachten mich zwei junge Leute aus Berlin-Lichterfelde nach Hause.

Alles in allem fand ich die Zeit gut, auch weil sich da gute Kontakte ergaben.

Götz-Dieter Hochfeld

MEDIZINISCHES FACHHAUS VON SCHLIEBEN IABEN UNS AUF IHRE A PRÜCHE SPEZI



FALT-ROLLSTUHL

SPORT-ROLLSTUHL

FALT-ROLLSTUHL

TRANSPORT-ROLLSTUHL











SONNENSTRASSE 7 8000 MUNCHEN 2 TEL. 0 89 / 59 16 49 Alles, was die Medizin heute bietet

REHABILITATIONSMITTEL

Der ALB e.V. Regensburg

Was ist das, "Autonomes Leben für behinderte Menschen" (ALB)? Wieder ein neues von schon so vielen Grüppchen, die unter dem Deckmäntelchen eines eingetragenen Vereins und der Gemeinnützigkeit gemeinsam ihr ach so hartes Schicksal beklagen, es durch Kaffeekränzchen und Stammtischrunden ein wenig zu lindern versuchen? Die in einem breiten Aufzug, einem abgeflachten Bordstein die Grundlage allen Heils sehen und daher ständig irgendjemand irgendfordern, daß etwas für sie ändert, etwa "die Gesellschaft" an "der Einstellung" gegenüber "dem Behinderten"?

Nein, die Idee des "Autonom Leben" birgt mehr in sich. Sicherlich ist wichtig, daß architektonische Barrieren in der Umwelt beseitigt werden, daß man der Öffentlichkeit die Allgegenwart behinderter Mitmenschen immer wieder in's Gedächnis ruft, und außerordentlich wertvoll ist auch ein fester Kreis von Bezugspersonen, der einen in Krisensituationen auffangen und stützen kann, doch eines darf dabei nie vergessen werden: es geht nicht an,daß die Nichtbehinderten in mühevoller Besorgnis alles für den Behinderten tun (das kann sowieso nicht funktionieren) - ihn sozusagen in's gemachte Nest setzen, um ihn auf diese Weise zu entmündigen und jeglicher Individualität zu berauben. Sondern es geht darum, daß der einzelne Behinderte selbst das Zepter in die Hand nimmt. Er selber muß am besten wissen, was er will, was ihm zusteht und dies auch durchzusetzen versuchen.

Auf diesem Grundgédanken basieren Theorie und Praxis der "Center for Independent Living" (CIL) in den USA, mit deren Aufbau vor etwa 20 Jahren begonnen wurde, und von denen es heute ca. 200 gibt. Dieser Gedanke ist es auch, der vier Behindertenselbsthilfegruppen aus der BRD (Bremen, Heidelberg, München und Regensburg) dazu verantaßte, sich zur "Aktion Autonom Leben" (AAL) zusammenzuschließen.

Das Regensburger Konzept, das sich nur unwesentlich von den anderen regionalen unterscheidet, sieht, - bis

jetzt - sechs bzw. sieben Arbeitsgrup-

Der Arbeitskreis Wohnen ist bemüht, behindertengerechte Wohnungen zu finden, zu vermitteln und Mitspracherecht bei neuen Bauprojekten zu erhal-

Der Arbeitskreis Informationen berät bei technischen und architektonischen Fragen und verweist gegebenenfalls auf die Zuständigkeit anderer Organisatio-

Die Arbeitsgruppe Helfer legt eine Kartei von freiwilligen Helfern(Studenten, Ex-Zivis, Arbeitslose usw.) an, die gegen stundenweise Bezahlung an Behinderte vermittelt werden, die in einer zweiten Kartei gesammelt sind.

Der Arbeitskreis Recht soll vor allem da Hilfestellung geben, wo es darum Hilfsmittel, Wohnung und Helfer zu bezahlen, d.h. Rechtsberatung, Hilfe bei Antragstellung, Begleitung bei Amtsbesuchen etc.

Die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit hat in erster Linie die Aufgabe, Zeitungsartikel, Flugblätter, durch Kontakte zu anderen Selbsthilfegruppen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Idee, die Existenz und die Arbeit des Vereins bekannt zu machen und zu verbreiten.

Die Arbeitsgruppe Schulung, Beratung, Training, auch Peer-counceling genannt (Beratung von Betroffenen für Betroffene), ist von allen o.g. Arbeitsbereichen betroffen. In Einzel- und Gruppengesprächen werden Erfahrungen weitergegeben, die Behinderte noch nicht machen konnten, die z.B. nur im Heim oder im Elternhaus wohnten.

Eine siebte Arbeitsgruppe, die sich mit der speziellen Problematik von Geistigbehinderten beschäftigen soll, ist zur Zeit im Aufbau begriffen.

Zwischen den Arbeitsgruppen muß natürlich ein reger Informationsfluß herrschen, was wir dadurch zu gewährleisten versuchen, daß aus jeder Arbeitsgruppe ein Vertreter im Vereinsvorstand sitzt, der sich regelmäßig trifft.

Unser Hauptproblem ist derzeit, daß zuviel Arbeit für zuwenig aktive Mitglieder anfällt, was aber wahrscheinlich ab Herbst 83 gelindert wird, da wir dann durch Unterstützung des Arbeitsamtes zwei Vollzeitkräfte anstellen können. Allerdings stößt uns das auf unser zweites Hauptproblem: das finanzielle, das wohl trotz Unterstützung durch das Studentenwerk Regensburg, das Diakonische Werk, die Robert-Bosch-Stiftung u.a.m. ein langfristiges Problem bleiben wird.

Für Anregungen und Fragen in jeder Hinsicht wären wir außerordentlich dankbar!



ZOFF IN WESTFALEN

Bei Krüppels in Münster wird Zoff gemacht. Sie haben sich geschworen, etwas gegen die Ausgrenzung Behinderter aus dem öffentlichen Nahverkehr zu unternehmen. Birgit Edler, Mit-Krüppelin, schickte uns folgenden Bericht dazu:

Anfang letzten Jahres begannen wir voll Power, an dem Thema 'behindertengerechter öffentlicher Nahverkehr' zu arbeiten. Die Situation ist hier wie überall: Die Stadtwerke haben keine Beförderungspflicht und verweisen uns auf den'so toll funktionierenden' Behindertenfahrtendienst, der zudem noch gekürzt wurde. Die Offiziellen äußerten sich nicht oder nur sehr mager zu unseren Forderungen: behindertengerechter Ausbau des Nahverkehrs und übergangsweise Erweiterung des Fahrtendienstes.

Am 8.4.1982 veranstalteten wir in der Münsteraner Innenstadt eine "symbolische" Busblockade, d.h. wir hinderten ca. 5 Minuten einen Linienbus an der Weiterfahrt. Dieses geschah als "Auftakt" für unsere darauffolgende Informationskampagne.

So stellten wir uns hin und verteilten sehr brav Flugblätter und sammelten Unterschriften. Dadurch wurde uns erst recht bewußt, auf was für eine Ebene wir uns begaben. Kommentare wie "Oh ja, ich finde auch, daß man mal was für Behinderte tun muß!" brachten uns sehr schnell zu der Überzeugung, daß wir auf diesem Wege nicht sehr weit kommen würden. Denn ernst genommen wurden wir dadurch nicht. Wir sammelten Unterschriften und trafen dabei auf das überaus große politische Bewußtsein, was sich vom Über-denKopf-streicheln bis zum 10-DM-zustecken erstreckte.

Um unsere Forderungen klarer rauszubringen, machten wir am 5.6.1982 eine erneute Busblockade, die paralell zur Eröffnungsveranstaltung der Behindertenwoche lief. Wir stellten dort die Forderung auf, daß das Thema in uer nächsten Ratssitzung abgehandelt wird mit dem Ziel der Verabschiedung einer Empfehlung an die Stadtwerke, ihrer Beförderungspflicht nachzukommen.

Nachdem der Busverkehr zusammenbrach und nach Verhandlungen mit Offiziellen (CDU-Ratsherr Volkert, Vorsitzender der Behindertenkommission, und SPD-Ratsherr Andersson, Aufsichtsratmitglied der Stadtwerke), die zu Ergebnissen führten, lösten wir die Blockade auf.

Die Reaktion der Presse war einfach "umwerfend": Man hielt es für wichtiger, über die Ringelreihtänze der Behinderten während der Feierlichkeiten zur Behindertenwoche zu berichten und erwähnte uns als Chaoten im Nebensatz.



Wir ließen uns nicht beirren, sondern fingen an, uns genau auf die Ratssitzung am 7.7.1982 vorzubereiten. Dazu erstellten wir eine Broschüre, in der fachlich, sachlich und informativ die Situation in Münster aufgezeigt wurde. Auf der Ratssitzung demonstrierten die Ratsherren dann auf sehr eindrucksvolle Weise, welch eine Ignoranz und letztlich auch wieviel Verachtung hinter den bestehenden Verhältnissen steckt, und daß man daran nicht rühren will.

Die am Anfang übergebenen 5.000 Unterschriften stießen auf unverhohlenes Desinteresse, die ausgelegten Broschüren erzeugten bis heute keine Reaktionen. Ratsherr Volkert zwängte sein

"soziales Engagement" in zehn Anfragen, die von Seiten der Stadtwerke wieder zur Verdrehung der Tatsachen und dem erneuten Vorbringen der bekannten Scheinargumente genutzt wurden. Auf den Antrag der Fraktion der Grün-Alternativen-Liste, den Nahphasenweise umzurüsten, konnten sich die Räte kaum noch konzentrieren, mußten mehrfach zur Ordnung gerufen werden und ließen nach den Ausführungen keinerlei Wortbeiträge oder Diskussionen folgen. Damit machten sie allen Anwesenden - wie auch dem von uns eingeladenen Fernsehteam - sehr deutlich, wie uninteressant das Thema einzustufen sei.

Leben kam erst in die scheinbar leblose Runde, als am anderen Ende das Transparent "Wir fühlen uns betrogen" von uns hochgehalten wurde. Oberbürgermeister Pierchalla nutzte die Situation, um sich äußerst telegen in Szene zu setzen, stürmte auf die "Störer" zu, entriß dem Sprecher den

Text, zerrte wütend am Transparent herum und verwies alle lautstark des Hauses. Ein wahrer Sponti-Repräsentant......

Die Presse jedenfalls nahm's ihm übel, prophezeite schwindendes Ansehen für den Oberbürgermeister undSympathie für die "Falschen".

Zugegeben, auch wir hatten so viel Ehrlichkeit und damit Stoff für Leserbriefe und Alternativpresse nicht erwartet. Nach der Ratssitzung - und der diesmal für uns tollen Presse - gingen die entlarvten Wohltäter in die Offensive. Ratsherr Volkert schrieb einen Brief an den WDR-Intendanten, in dem er das TV-Team, was bisher nur über uns gedreht hatte, der "Hofbe-

Hartmut u. Armin Reiche

KFZ-Reparaturbetrieb

Vogelsanger Str. 226

Tel. 0221/543337

richtserstattung für Chaoten" bezichtigte. Er sah wohl seine Felle schwimmen, denn für die Art der Behindertenarbeit, wie sie dieser Vater vollbrachte, wurde nie ein derartiges Interesse gezeigt.

So wurde die nächste Aktion zwei Wochen später von ganz anderer Seite angeleiert. Die Stadtwerke holten aus, das Argument "Rollstuhlfahrer gefärden sich und andere" zu mauern. Man bestückte einen Bus mit Rollstuhl nebst Puppe darin, lud einige Journalisten ein und probte den Ernstfall in Form einer Vollbremsung bei 30km/h. Die wirklich Betroffenen waren (natürlich) ausgesperrt. Der erste Versuch der Rolli stand denkbar ungünstig in Fahrtrichtung im Mittelteil - erfüllte alle Hoffnungen. Den Presseleuten schwante es, daß hier vielleicht nicht der optimale Standpunkt gewählt wurde. Nach entsprechender Änderung, der Rolli wurde nun mit dem Rücken zur Fahrtrichtung postiert, passierteNICHTS!!!!!!

Jedenfalls der Puppe nicht, den Herren der Stadtwerke war da schon mehr passiert: Wie man auch in den Zeitungen später lesen konnte, war ihnen das Argument der Sicherheitsbedenken, mit dem seit Jahren Behinderte den Bussen fern gehalten werden, verloren gegangen. Übrig blieb das Argument der fehlenden Finanzen.

Nun - zu Beginn des Jahres '83 trommelten die Stadtwerke alle verantwortlichen Leute zusammen, nebst den Behindertenorganisationen. Eine Verbesserung wurde kundgetan: Zum September sollen alle Busse umgerüstet werden, in jeden Bus sollen Feststellklammern angebracht und die "Haarnadeln" (Mittelstangen) entfernt werden.

Unsere Einwände wurden selbstverständlich überhört; das Beförderungsverbot ohne Begleitung gilt nämlich weiter trotz der museumsreifen "Verbesserungen". Ein Einstieg ohne Hilfe ist immer noch nicht möglich, hier wurde der zweite Schritt vor dem ersten getan. Aber das ist uninteressant, denn Münster darf sich rühmen. In keiner anderen Stadt gibt es solch gravierende Verbesserungen!!

Als nun auch noch die typischen Fahrdienstkürzungen in's Gespräch kamen, die Kostenbeteiligungen und Dienstplanstraffungen, war Ratsherr Volkert darum bemüht, unsere Aktionen zu stoppen. Er lud uns ein, mit ihm im Hinterzimmer am grünen Tisch eine AG der Behindertenkomission zu veranstalten. So sollte unser Protest kanalisiert werden.

Anm. d. Red.: Doch die Münsteraner wollen weiter öffentlich arbeiten.



Die Fotos dieser und der vorherigen Seite sind aus 4 Bussen, die in Heidelberg zwischen Wieblingen Neckargemünd verkehren. Deren Hebevorrichtungen ermöglichen es Rollstuhlfahrern ein- und auszusteigen.

Dazu auch auf Ratsebene. Über die GAL haben sie einen Antrag eingebracht, die Taxen in Münster für Behinderte benutzbar zu machen, um den Fahrtendienst zu entlasten. Im November gibt es nochmal offenen



Protest, der alle Forderungen an den Rat unterstützen soll, dazu brauchen die Münsteraner Hilfe aus der ganzen BRD. Wer bereit ist und Näheres über die Pläne wissen will, der wende sich an Birgit Edler, Rikeweg3,44Münster. Erstes Koordinationstreffen: Ende Okt.

UND BOCHUM IST AUCH NICHT MÜDE

Auch in Bochum gab's Widerstand von Behinderten bei der Einweihung einer neuen S-Bahn-Strecke.. Schon 1972, bevor der erste Spatenstich für die S1 gemacht wurde, haben sie Vorschläge unterbreitet, wie die sieben neuen Stationen behindertengerecht ausgestattet werden könnten. Niemand hat darauf gehört. Es gibt weder Rampen, noch Aufzüge oder Transportbänder zu den Bahnsteigen. Dafür gab es einen Bericht in den Ruhr-Nachrichten vom 26.9.83, aus dem wir ein Stück abdrucken (zugesandt vonWalter Drosse')

"Dortmund/Bochum (pleu) -

'Bitte den S-Bahnhof Bochum Langendreer-West nur über den Ausgang Gasstraße verlassen. Der Ausgang Ümminger Straße ist besetzt —äh, gesperrt.' Verdutzt hören die Fahrgäste die Aufforderung des Aufsichtsbeamten aus dem Lautsprecher. Rollstuhlfahrer haben einen der beiden Zugänge des Bahnsteiges blockiert. Als am Samstag die S-Bahn S 1 zwischen Bochum und Dortmund offiziell eröffnet wurde, konnten die Behinderten nicht zum Nulltarif reisen.

'Wir haben noch nie auf dem Bahnsteig gestanden' rügten die Rollstuhlfahrer aus Bochum und Dortmund, die am Fuß der für sie unüberwindlichen, langen Aufgangstreppe ihre Rollstühle in Position gebracht haben, Einige Fahrgäste, die nach oben wollen, reagieren aufgebracht. 'Wir wollen hier rauf', schimpfen sie. 'Das möchten wir auch', kontern die Behinderten. Etwa 20 haben sich eingefunden. Die Bahnpolizei hält wütende Menschen zurück. 'Keine Tätlichkeiten bitte', müssen die Beamten immer wieder rufen.".......

Was dabei herausgekommen ist, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Also: Fortsetzung folgt..



FÜR'S GESCHÄFT

Noch vor einiger Zeit hätte ich nicht gedacht, daß Rollstuhlfahrer mal neben stahlharten Cowboy-Helden, neben jungen und smarten Freizeitpärchen oder kaum bis gar nicht bekleideten Frauen von Werbeflächen wirken werden. Das Presse und Informationsamt des Landes Berlin oder die Deutschen Stromerzeuger und die Werbeindustrie überhaupt haben aber die guten Werbeerfahrungen der Aktion Sorgenkind und Co um den Behinderten als Werbeträger entdeckt.

Wer kann z.B. noch gegen Bildschirmtext sein, wenn dadurch eine Behin-"mehr Menschlichkeit erreichen" konnte, oder wer kann Kraftwerke und vielleicht sogar Atom-Kraftwerke noch verteufeln, wenn er begreift, daß ohne diese ein Rollstuhlfahrer der totalen Verödung preisgegeben wäre?

Behinderte werden mißbraucht, um über das Mitleid Produkte verkaufbar zu machen - das ist Skandal genug. Nur, ich wittere einen noch größeren. Sollen etwa die Leute auf Kraftwerke und Bildschirmtext z.B. eingeschworen werden mit der Drohung, daß ohne Telefon noch mehr Behinderte aus ihren Löchern kämen, oder dem Versprechen, daß Btx sie vermehrt in ihren Löchern hält. Selbst wenn der offene Text das nicht nahelegt - wirkt es doch so, denn: Tiefenpsychologie ist das Geheimnis der Werbung.

Lothar Sandfort

Der goldene Beterix



Bildschirmtext - Bix - wird gegenwärtig in Bertin und Düsseldorf erprobt. Auf der Fünkausstehung im September 1983 soll der Startschuß für die bundesweite Einführung dieses "Neuen Mediums" fallen. Mit Bix kann man zum Beispiel Geld überweisen, Einkhufe erledigen, Reisen buchen, Aufträge vergeben - alles vom Büro oder von zu Heuse aus. Aber Bix bedentet nicht nur einen weiteren technischen Fortschrift, Eine helle Berlinerin ist herausgefunden, wie man mit Hilfe von Bix mehr Menschlichkeit erreichen kann.

Tele-Treff für Behinderte

Tele-Treff für Betinderte
Eva Pösch-Beissenherz (60),
Journalistin, werde 1937 durch einen
Unfall an den Rollstuffl gefesselt. Viele
Lebensmöglichkeiten und Informationen waren für sie unerreichbar geworden. Von Bix hörte sie durch Zufall. Sie
erkamite, welche Informationsmöglichkeiten Bix den Behinderten bietet,
weil man sich mit Bix Informationen
ins Haus hofen kann. Mit Ihrem Sohn
entwickelte sie dafür ein ofgenes Programm. Für die vürpflidliche Gestalgramm. Für die vorhildliche Gestal-tung wurde ihr vom "bildschirmtext magazin" die Auszeichnung der "Gol-dene Beterix" verliehers. Der "Tele-Treff

mit Behinderten" (* 1202 *) bietet auf 1500 Seiten alle wichtigen Anregungen, Nachrichten und Diskussionsbeltrige für Behinderte, "Mein Sohn ist für die Programmeingabe zuständig, berichtet die resolute Frau augenzwinkernd. "Nicht, weil ich es nicht geiern hätte. Doch die Recherchen und die jeweilige Aktualisierung der Behtäge erfordern Zeit. Dafür bin ich viel unterwegs, denn wir wollen immer auf dem neuesten Stand bleiben. Der "Tele freff" kann von allen Btx-Tellnehmern abgerufen werden. Das Programm soll zur Eigenlahlalive annegen, "Und das klappt schon ganz gut" reut sieh Prau Poschi Beissenherz. "Die Behinderten haben erkannt, daß Btx die Lösung alltäglicher Frobleme benso erleichtert, wie die Kontakiraufmahme mit anderen Menschen. Darn kommi es zum Erfahrungsausstausch. Probleme können erfaßt und Lösungen – für alle zugänglich – in das Programm aufgenommen werden."

Neue Aufgaben für Neue Medien"

Manché sehen die "Netten Medien" nur negativ. Der Berliner "Tele Treff" demonstriert, welche wichtigen

Aufgaben sie übernehmen können. Das Beispiel zeigt, daß Technologiefermelichkeit ebenso verfehlt ist wie blinde Technologiegfäubigkeit. Wir haben es seibst in der Hand, das Beste aus den Neuen Medien zu machen. Deshalb treibt Berlin die Entwicklung und ih dustrielle Nutzung neuer Medientechnologien voran: den Btx Feldversuch, ein Kabelpilotprojekt, den Aufbau einer Glasfaserkabelproduktion und die wissenschaftliche Forschung in diesen Bereichen.

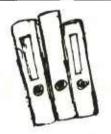
Dies ist eine Information des Presse und Informationsamtes des Landes Berlin. Weitere Aus-künfte über Bildschirmtext gibt Thnen gern unser Referat V. Rathaus Schöneberg, 1000 Berlin 62.

Initiativen



Strom, kein Radio, kein Strom, kein Radio, kein Inhapparat, Kino, Zenur Watterdienst, Rader re Kommunikation heute Ihne Strom





Budhbægrædhung



DER NEUE

BEHINDERTENKALENDER IST DA 1984 wirft seine Schatten voraus. Mit Bildschirmtext, neuen Ausweisplänen, Verstärkung des Verfassungsschutzes u.ä. entwickelt sich der Überwachungsstaat. Dafür ist 1984 seit Orwell ein Symbol.

Doch hier soll es nicht um die Schatten gehen, eher um einen Lichtstrahl, der auch mit dem kommenden Jahr verbunden ist. Der Behindertenkalender 1984 ist auf dem Markt. Für 5.80 DM kann man/frau 272 Innen- und 4 Umschlagsseiten eintauschen.

Auf der ersten Umschlagsseite hat wie gewohnt das Emanzo-Krüppelchen Platz genommen. Doch beim jetzigen Stand der Behindertenbewegung scheint seine hochgereckte Faust mit dem V-Zeichen nicht mehr victory anzuzeigen, vielmehr "V" wie "Vergessen?" Dazu die weit aufgerissenen Augen: "Widerstand vergessen?"



1984 wird ein weiteres, noch härteres Kürzungsjahr werden, und massiver Widerstand wäre wahrlich wichtig. So nahm Gusti Steiner - Herausgeber des Kalenders - auch einen ausführlicher Sonderteil zur Sozialhilfe-Mißbrauchs-Diskussion auf und fragt in seinem Vorwort: "Mir ist unverständlich, warum sich Behindertenorganisationen nicht

stärker gegen diese Existenzbedrohung wehren. Die Tatsache, daß man/frau als Sozialhilfeempfänger z.B. um den 20. eines jeden Monats kaum noch etwas zum Essen auf den Tisch hat, sollte uns eigentlich nicht kalt lassen", und "1984 wird erneut einiges (an Kürzungen) auf uns zukommen".

Auch auf den Emanzo-Krüppel auf der Umschlagsseite wird einiges zukommen.iedoch nur anFalten und Flecken. Denn wieder fand sich in der Kalkulation um den Kalender keine Stelle für einen strapazierfähigen, abwaschbaren Umschlag, wie ich ihn mir für einen Überall-mit-Rumschlepp-Kalender nun einmal wünsche, und wie er auch bei anderen Bewegungskalendern üblich ist, Ebenfalls fehlt ein üblichesTelefonregister. Das mindert den Gebrauchswert dieses Taschenkalenders. Zudem hätten die Tages-Notiz-Felder vergrö-Bert werden müssen, wenn sie durch Zwischentexte belegt wurden.

Das Argument desPreises sticht jedoch, 5.80 DM mußten gehalten werden. Gerade in Umverteilungszeiten, in denen Reiche via Staat sich in den Geldbeuteln der Armen bedienen.

Der Gebrauchswert wird ja auch nur gemindert, er bleibt ja noch hoch über das Kalendarium hinaus. Da gibt es die überaus wichtigen, umfangreichen und fundierten "Rechts-Tips", den Zeitschriften-, Medien-, und Institutionsanschriftenteil – und als besondere Neuigkeit einen "Krüppelfrauenteil". Der beinhaltet einen Menstruationskalender, einen - für mein Verständnis - sehr mutmachenden Text zu "Wenn Krüppelfrau zum Frauenarzt geht" und einen Ratgeber für vergewaltigte Frauen. Durch die Mitarbeit von Krüppelfrauen hat auch das Kalendarium für den Monat März eine besondere Note, dazu Zitat aus dem Vorwort: "Krüppelfrauen aus der Bundesrepublik haben den Monat März und die Anfangsbeiträge des Sonderteils gestaltet. Den März deshalb, weil in diesem Monat alljährlich der Internationale Frauentag stattfindet. Dorothea Theiss aus Dortmund stellt sich als Zeichnerin und Krüppel-Frau in diesen beiden Teilen vor."

Die Illustrationen zu den anderen Monaten stammen zum überwiegenden Teil wie gehabt von Gerd Klein. Einige von ihnen leiden aber wieder unter den starken Verkleinerungen. Sie werden nach dem Motto "Was will uns der Künstler damit sagen" eher zum Sinn-Suchbild (siehe 4. Jan.). Gut daß und witzig wenn der Sinn dann gefunden wird.

Wie gehabt interessant sind auch die Zwischentexte des Kalendariums, die u.a. die boshaften Dummheiten unseres Aussonderungssystems häppchenweise vermitteln. Den ganzen Zynismus auf den Punkt bringend, sind sie oft lachhaft im doppelten Sinne.

Die zusammenhängenden Texte im Sonderteil, wie der o.g. Text zum "Sozialhilfe-Mißbrauch", sind gut, wichtig und mit Gewinn zu lesen. Doch tragen auch sie dazu bei, daß derBehindertenkalender sich nicht klar genug von einem Taschenbuch weg zum echten Taschenkalender entwickelt. Solche Texte wären in einem echten Taschenbuch besser platziert und frau/man brauchte sie nicht - einmal gelesen - das ganze Jahr mit herumschleppen. Anders ist es bei den Teilen mit Rechts- und

Frauentips, deren Ratschläger (z.T. leider) jeden Tag wichtig werden können.

Für die anderen Teile wäre ein Telefonregister schon wichtiger. Ein Anfang dafür ist mit den 4 Seiten für Notizen amSchluß des Buches ja gemacht.

Dort hinten ist auch eine Beurteilungskarte eingedruckt, mit der Leserinnen und Leser ihre Zustimmung wie ihre Kritik an den Verlag senden sollen. Ich tue das und dabei wird die Zustimmung weit überwiegen, denn kaufenswert ist der Kalender allemale. Seine größte Stärke liegt darin, daß es Gusti Steiner und den vielen anderen Mitwirkenden wieder gelungen ist, das Gesamtwerk zu einem echten Stück der und aus der Behindertenszene zu machen.

BEHINDERTENKALENDER 1984
Rechte - Tips - Nachrichten
Herausgegeben von Gusti Steiner
Fischer Taschenbuch 3328
Preis 5.80 DM

Lothar Sandfort



Auf der Bereichsleitertagung des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. in Lindlar verabschiedeten am 25.9.1983 die Bereichsleiter einstimmig folgende Resolution:

"Das Haushaltsbegleitgesetz 1984 ist unsozial, menschenunwürdig und stellt für Behinderte und ihre Angehörigen eine unerträgliche und existenzgefährdende Belastung dar.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, das Haushaltsbegleitgesetz 1984 nicht zu verabschieden. Benachteiligen Sie uns Behinderte nicht noch mehr!"

Diese Resolution wurde am 26.9.83 allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages übersandt.

Am 13.9.1983 fand von 16.00 bis 17.20 Uhr ein Gespräch des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in Bonn statt.

Da bei diesem Gespräch hinsichtlich des Haushaltbegleitgesetzes, soweit es Behinderte betrifft, von Seiten des Ministers erklärt wurde:

"Jawohl, so schwer es uns fällt, wir müssen das vertreten" und "Ein Pflegegeldwegfall wird für diesen Fall in Kauf genommen" oder

"Aber auch Behinderte können den

Bürger nicht zusätzlich in Anspruch nehmen, sie wollen ja gleichbehandelt werden",

sehen wir uns gezwungen, da wir vom Minister keine Unterstützung mehr zu erwarten haben,

AUF DIE STRASSE ZU GEHEN!

Wir rufen daher alle Behinderten und ihre Angehörigen, Freunde und Interessierten zu einer

PROTESTVERANSTALTUNG IN BONN AM MITTWOCH, 26.10.83, 13.00 BIS 15.00 UHR

auf. Vorgesehen ist ein Demonstrationszug vom Hofgarten zum Bundeskanzlerplatz.

Der Treffpunkt für alle Teilnehmer soll zwischen 12 und 13 Uhr der HOFGARTEN IN BONN sein.

Kontaktaufnahme bitte unter: 06294/561 oder schriftlich unter: BUNDESVERBAND SELBSTHILFE KÖRPERBEHINDERTER e.V. 7109 Krautheim/Jagst.

(Anm.d. Red.: Hoppla, das haben wir gar nicht erwartet. Kurz vor dem Layout erreichte uns dieser Aufruf. Auch wir fordern auf, an dieser Demonstration mit viel Kraft teilzunehmen.)

BEINAHE EIN HISTORISCHES EREIGNIS

"Beinahe ein historisches Ereignis", so nannte der Hamburger Professor für Behindertenpädagogik, H. Wocken, die Eingliederung behinderter Kinder, die mit diesem Schuljahr erstmals an drei Grundschulen in Hamburg praktiziert wird. Das Besondere an diesem Pilotprojekt ist, daß nicht nur - wie bisher vereinzelt - Körperbehinderten der Besuch in Regelschulen ermöglicht wird, sondern allen behinderten Kindern - also weitgehend unabhängig von Art und Schwere der Behinderung.

"Zwei Lehrkräfte pro Klasse, eine Grundschullehrerin und eine Erzieherin, Förderunterricht durch eine Sonderpädagogin sowie ein Konzept mit vielen pädagogischen Freiheiten sollen der Integration von Spastikern, Mongoloiden. Sprachgestörten und Verhaltensauffälligen voranhelfen. Bei den knappen bürokratischen Vorgaben verzichtet die Schulbehörde auf jeden Anschein von 'Reparaturpädagogik', wie Erziehungswissenschaftler Wocken alle Bemühungen nennt, 'behinderte Kinder der Normalität anzupassen'. So werden die behinderten Kinder beinicht allgemeingültigen spielsweise Klassenzielen unterworfen, die sie zwangsläufig zum Schulversagen verurteilen würden; sie sollen allein 'ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden' "(Spiegel, Nr. 35/83)

Dem ist noch hinzuzufügen, daß das Sitzenbleiben entfällt, d.h. "die Bewertung von Leistungen wird auf das individuelle Vermögen der Kinder abgestellt" (Spiegel).

Die Verwirklichung dieser Integrationsklassen ist der Beharrlichkeit von Eltern-Initiativen zu danken, die kein Vertrauen in den Anspruch des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes haben:Sonderschule soll "die Behinderung beheben oder Folgen mildern".Sie gehen vielmehr davon aus, daß durch den Sonderschul-Besuch meist eine soziale Behinderung hinzukommt. Selbst ein Sonderschullehrer - im allgemeinen halten diese an der Sonderbeschulung fest - teilt die Forderung, den"Schwerpunkt sonderpädagogischer Förderung in die Grundschule" einzubeziehen.

Bleibt zu hoffen, daß sich auch andernorts Schulleiter und - behörden das Hamburger Pilotprojekt zu eigen machen und somit zur Integration behinderter Kinder aktiv beitragen.



Vom 2. bis 4. September traf sich wieder mal die bundesweite Initiativ-gruppe, die 1981 das Krüppeltribunal gemacht hat. So umständlich muß mensch diese Gruppe nennen,da bisher kein griffiger Name gefunden wurde. (Wie war's mit "Initiative Bundeskrüppel" - Vorschlag d. Säzzers).

Im folgenden drucken wir das Protokoll ab mit Aktualisierungen und einigen Auslassungen, um nicht Aktionen auszuplaudern oder weil an anderer Stelle dieser LUFTPUMPE noch was dazu steht.

PROTOKOLL DER TAGUNG

Die Münsteraner Gruppe kämpft schon seit 2 Jahren für eine Verbesserung im öffentlichen Nahverkehr für Behinderte. Mit Blockaden, Herbeiführung einer Debatte im Stadtrat konnte errreicht werden, daß sich die Stadt zum Einbau von Haltevorrichtungen in Bussen bereiterklärte, aber nicht an Einstiegvorrichtungen gedacht hat. Alle Aktivitäten sind ausführlich in einer Broschüre beschrieben, die die Münsteraner gedruckt haben. Da das Problem "Behinderte im öffentlichen Nahverkehr/ Fahrdienste" endlich auch bundesweite Aktionen erfordert, schlagen sie folgendes vor:

Anfang/Mitte Novermber wird das Problem im Sozialausschuß Münster wieder behandelt (der genaue Termin steht noch nicht fest, wird aber frühstmöglich bekanntgegeben). Anläßlich dieser Sitzung sollen 2-tägige Aktionen stattfinden (Informationsstände auf dem Marktplatz und andere öffentlichkeitswirksame Sachen). Diese Aktionstage sollen unter möglichst großer Beteiligung von Krüppels aus der ganzen

Bundesrepublik stattfinden im Sinne einer bundesweiten Demonstration. Neue Aktionsformen sind imGespräch. 2-tägige Aktionen deshalb, um mehr Zeit zu haben, flexibler reagieren zu können, der Sache mehr Nachdruck zu verleihen. Vorbereitung liegt bei den Münsteranern. (Siehe Seite).

Planung einer Aktion zur Buchmesse.

Wie beim letzten Treffen in Aindorf beschlossen, hat die Frankfurter "Knif" ein Papier zu einer Buchmesseaktion gemacht. Gedacht war an eine Blockade und an einen Sozialleichenzug, der den gegenwärtigen Abbau im Sozialbereich verdeutlichen soll.

Nach einer langen und ausführlichen Debatte kamen wir überein, daß ein Sozialleichenzug wohl besser in Bonn gemacht werde, und daß zur Zeit eine Inflation von Bockaden bestehe.

Es schälte sich allmählich eine Idee heraus, die mit "unsichtbarem Theater" zu tun hat. D.h. die Herstellung von Zwischenfällen, die echt aussehen, betroffen machen und unter die Haut gehen sollen. Thema dieses unsichtbaren Theaters ist die in letzter Zeit sichtbar werdende Tendenz, bei Behinderten, die den Stempel "Begleitperson notwendig" im Ausweis haben, die tatsächliche Anwesenheit eines Begleiters zu verlangen. Das bedeutet, daß eine Regelung, die ursprünglich als eine Vergünstigung für Behinderte gedacht war (Freifahrt für die Begleitung) jetzt einengend gehandhabt wird und die Selbständigkeit der Krüppel beschnei-

- in diesem Zusammenhang: Erlebnisse, wobei es Schwierigkeiten mit dem Eintrag "NB" im Behindertenausweis gegeben hat, sind bitte zu schicken an: Michael Simon, Barlachstr. 34/10 in 8000 München.

Das Verhältnis der "Bundesweiten Ini" zur AG SPAK

Die AG SPAK "Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise" ist ein Zusammenschluß von sozialpolitischen Initiativen, die vowiegend im Randgruppenbereich arbeiten (Obdachlose, psychisch Kranke, Knastarbeit usw.) Die letzten Tagungen unserer Gruppe sind schon von der AG SPAK finanziert worden. Die AG fragt an, ob es so kooperativ wie bisher laufen soll, (d.h. auch mit Finanzierung wie bisher) oder ob wir Vollmitglied werden. Vollmitgliedschaft würde stärkere inhaltliche Mitarbeit an der Gesamtpolitik der AG SPAK bedeuten, aber auch bessere Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit. Beschluß: Hannelore (Hamburg), Jutta (Bremen) und Anneliese (München) sollen auf der nächsten AG SPAK-Sitzung sondieren.

Buch zum Krüppeltribunal

Es erscheint zur Buchmesse, Pahl-Rugenstein-Verlag, 12.80 DM. Jede Stadt soll auf lokaler Ebene Werbung machen. Dazu ist eine stattliche Anzahl von Deckblättern gedruckt worden, die verteilt werden können.

Gründung einer BAG "Grüne Behindertenpolitik" in Köln.

(siehe dazu Artikel in dieser LP)

Sonderkonto Krüppeltribunal/Buchhonorare:

Die vorhandenen und noch eingehenden Gelder sollen auch dafür benutzt werden, Gruppenmitgliedern, die finanziell nicht so gut dastehen, die Teilnahme an unseren Treffen zu ermöglichen. Das ist ein Beschluß.

Friedensaktivitäten

Weil die Friedensbewegung zwar gewaltfrei aber nicht behindertengerecht ist, traf sich eine Arbeitsgruppe, um zu überlegen, wie Krüppel an den verschiedenen Aktivitäten in diesem Herbst teilnehmen können, bzw. welche Erfahrungen bisher bei Demos, Blockaden etc. gemacht wurden. In der AG wurde beschlossen, an einer Blockade in Neu-Ulm oder Ramstein mit einem Krüppelblock teilzunehmen. (Anm.d.R. Dazu war ein Vorbereitungstreffen geplant. Dazu kamen nun so wenig Leute, daß die Aktion als bundesweite Aktion abgeblasen wurde.)

EINE TAGESGESCHICHTE

Also, 30 Grad werden für heute, Montag den 1. Juni, angesagt. Nun möchte ich zum Baden, doch diesmal mit Schwimmreifen. Ich konnte letzten Winter erleben, wie es ist, in einem Autoschlauch auf dem Wasser zu liegen. Wie schwebend schön!

Fahr ich zur Tankstelle oder lieber doch nicht?
Nach dem Lebensmitteleinkauf wird mir klar,
es wird Zeit, daß du in's West-Bad kommst.
Handtuch, Öl und Obst in den Korb und ab zur Tankstelle.
Bei der zweiten stehe ich schon vor einem großen Haufen alter Autoschläuche.
Ich begründe der Frau meinen Wunsch,
und sie wirft ihrem Kollegen einen verständnislosen Blick zu.
Gerader, direkter kam mir dafür der Mann entgegen.
Sein ausländischer Gehilfe zeigt mir gleich einen Lastwagenschlauch.
Ich erschrecke: "Da versink ich ja in dem Schlauch."
Schnell hat er dann einen kleinen
und klemmt ihn mir auf den Gepäckträger meines Dreirades.

Da mein Schwimmhilfsmittel recht dreckig war, strample ich wieder heim, schmeiße es in die Badewanne und versuche, den Reifen anschließend mit einer Luftpumpe groß zu kriegen.

Es stört mich, daß ich künftig gezwungen bin, das schwarze Exemplar aufgeblasen rumzutransportieren.

Beides, Ventil des Schlauches und Luftpumpe, paßten leider nicht. Für das Befestigen des vollen Reifens, holte ich in einem Sportgeschäft dehnbare Riemen und radelte wieder zu einer Tankstelle damit. Der Meister lachte, als er begriff, daß nicht meine Radreifen Luft brauchten.

Hinter mir auf dem Rad wurde alles mit den Riemen festgeschnürrt.

Bei der Badsperre fragte ich, ob ich mit dem Rad rein darf.

Der Eintrittspreis endet mit einer 9 am Ende und so wird mir immer ein Pfennig zurückgegeben.

Ich schob mein Rad mit den vier Reifen
- mit Ersatz durch das Gelände des West Bades.
Als beim Auspacken die Luftpumpe vor mir liegt,
rutscht mir ein zweites einsames Lachen raus.
Ich lese sie,
eße das Obst und warte,
bis der Schatten wegschleicht.
Sodann war ich im Wasser.
Der Bademeister leicht aufgeregt,
und die Gebißspangen der Kinder blitzten mir entgegen.
Als ich inmitten der Kinder auf meinem Reifen im Wasser schaukelte,
konnte ich das recht mühsam errungene Baden noch nicht so recht genießen.

Auf dem Heimweg kam ich mir recht originell vor, doch der negative Begleiter der Behinderung ist dabei.

Zuhause werfe ich die Jeans über den Badewannenrand, dabei springt klirrend der Pfennig aus der Tasche.

Petra Beil

AUTO ZU VERKAUFEN

Talbot-City-Laster als Behindertenfahrzeug mit AMF-Ausrüstung, Bauj. 4/82, 2700 km nur im Sommer gefahren, Preis DM 18000,- VB, weitere Informationen Tel.: 02191/661030 Reinhild Söltzer, Paul-Windgassen-Str. 64 in 5630 Remscheid 11

HINWEISE

Die Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Groß-Hamburg e.V. bildet zum:

GEBÄRDENSPRACH-DOLMETSCHER

aus. Ausbildungszeit: 4 Jahre, darin enthalten: ca. 2 Jahre Praktikum (20 Dolmetschereinsätze), Abschluß: Certifikat des Gebärdensprach-Dolmetschers. Informationen anfordern bei: Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Groß-Hamburg e.V. Bernadottestraße 121 2000 Hamburg 52 (Tel.:040-8806841)

SELBSTHILFETAGUNG

Vom 18. - 20. November 1983 findet in Hamburg eine erste große Selbsthilfetagung statt. Unter dem Motto "Gemeinsam sind wir stärker" werden die Ergebnisse eines Forschungsprojektes der Öffentlichkeit vorgestellt. Außerdem sollen Selbsthilfegruppen aus dem Hamburger Raum ihre Arbeit darstellen und ihre gemeinsamen Probleme und Anliegen in die Öffentlichkeit tragen.

Wer sich für das Forschungsprojekt, für das Tagungsprogramm oder für die Kontakt- und Informationsstelle interessiert, wende sich an: Projekt Gesundheitsselbsthilfegruppen c/o Medizinische Soziologie Universitätskrankenhaus Eppendorf Martinistr. 52, Pavillon 11 2000 Hamburg 20 Tel.: 040/468-2878(Mo-Do 10-16h)

Eine neue Briefmarke der DBP - verfälscht vom Arbeitskreis Verkehr im BBU.



VERBINDUNG IN GRÜN

Vom 9. bis 11. September fand in Köln die offizielle Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft "Behindertenpolitik bei den Grünen" statt.

40 Leute aus fast allen Teilen der BRD waren angereist. Erfreulicherweise nicht nur die "alten" Gesichter der 81er-Widerstands-Veteranen. Dies sollte diese BAG ja u.a. leisten, den Kreis der bundesweit zusammenarbeitenden vergrößern.

Alte Kernfragen, wie die Mitarbeit Nichtbehinderter wurden zwar anaber nicht ausdiskutiert. Mensch einigte sich darauf, es erstmal miteinander zu versuchen, kritisch aber dennoch.

Auch die - viele noch überfordernde Selbstbezeichnung "Krüppel" blieb erstmal denjenigen reserviert, die sie annehmen können. So blieb's für die Bezeichnung der BAG beim Begriff "Behinderte", mit all seinen Schwächen.

Was insgesamt passierte, soll der nachfolgende Protokollabdruck vermitteln. Den Protokollanhang, in dem die drei Einzelarbeitskreise des Treffens ihre Arbeit skizzierten, sparen wir hier aus , da diese Arbeit noch nicht abgeschlossen ist. Wir werden zusammenfassen, wenn das alles fortgeschritten ist. Das Spektrum der Teilnehmer setzte sich aus Krüppeln/Behinderten (diese Begriffe wurden nicht ausdiskutiert) und Nichtbehinderten, aus grün/alternativ organisierten und dort nicht organisierten Leuten zusammen. Es waren viele Teilnehmer gekommen, die bisher nicht dem Kern der emanzipatorischen Behindertenbewegung angehörten. So gestaltete sich durch die unterschiedlichen Erfahrungen und Standpunkte die anfängliche Diskussion zum Selbstverständnis der BAG recht unstrukturiert. Die Notwendigkeit einer solchen BAG war dabei unumstritten.

Der bisherige Arbeitstitel "BAG Grüne Behindertenpolitik" wurde einmütig umgewandelt in "BAG Behindertenpolitik bei den GRÜNEN", was eher zum Ausdruck bringt, daß die BAG parlamentarischer Arm der Behindertenbewegung sein soll.

An der bisherigen Arbeit der Gesamtpartei wurde deutliche Kritik geäußert.
Mehrere Landesprogramme und das
Bundesprogramm deuten auf behindertenspezifische Inkompetenz hin. Weniger diese - bei Nichtbehinderten hinlänglich bekannte - Inkompetenz zu
behindertenspezifischen Fragen wurde
kritisiert als die Tatsache, trotz Inkompetenz zu unserer Situation bzw. zu
unseren Anliegen programmatisch Stellung bezogen zu haben. So werden im

Dennoch glaubte die Versammlung, daß die selbstbestimmte Behindertenarbeit aus einem Zusammenwirken mit der grünen Partei Vorteile ziehen kann, u.a. weil wesentliche Teile der Partei bestimmte unterdrückende Normen schon hinterfragen und verändern wollen.

Als unverzichtbar wurde die Eigenständigkeit, die Autonomie der BAG be-Minderheitenschutz Selbstbestimmung sind als Untergruppe einer BAG "Gesundheit und Soziales" nicht angemessen gewährleistet. Dies soll gegenüber Entscheidungsgremien der Partei vom Sprecherkreis vertreten werden. Begründungen u.a.: Wir sind schon immer in die Schublade "Gesundheit und Soziales" gesteckt worden, obwohl unser politisches Wirken darüber hinausgeht. Unser gerade erkämpftes Selbstvertretungsrecht ist in einer Untergruppe nicht genügend zu verwirklichen. Unsere Stellungnahmen gewinnen durch eine eigene BAG an Gewicht.

Der Gefahr, als gut funktionierende BAG die anderweitig arbeitende Behindertenbewegung aufzusaugen oder durch Abzug zu vieler Kräfte zu schwächen, soll durch Selbstbeschränkung entgegengewirkt werden. Die BAG soll so zwar zu bestimmten Aktionen aufrufen und sich daran beteiligen, sie soll aber allein keine Aktionen organisieren.

Mehrfach wurde als notwendig der Einzug von emanzipationsbewegten Behinderten in die verschiedenen Parlamente gefordert. Da dies aber nur über die abordnenden Gremien der Partei möglich ist, blieb es bei der Aufforderung an die Teilnehmer, zu kandi-

Von der Partei wird erwartet, daß sie ohne unsere Mitwirkung oder die anderer emanzipatorischer Initiativen der Behindertenbewegung nicht mehr im Behindertenbereich tätig wird.

Der Status der Nichtbehinderten in der BAG wurde nicht eindeutig geklärt. Stehen blieb folgendes "Identifikationsmodell", das vier im Behindertenbereich wirkende Gruppen beschreibt:



PROTOKOLL VOM OFFIZIELLEN GRÜNDUNGSTREFFEN IN KÖLN

Nach Anreise und lockerem Programm am Freitagabend (gegenseitiges Vorstellen, Videofilm, Gespräche) begann die eigentliche Arbeit am Samstag morgen gegen 11.00 Uhr. Als Gesprächsleitung wurde von der Versammlung Lothar Sandfort aus der gastgebenden Redaktion der LUFT-PUMPE akzeptiert. Bundesprogramm z.B.besondere Werkstätten für Behinderte gefordert.

Die zukünftige Zusammenarbeit und das Interesse der Partei an unseren Anliegen wurde mit einiger Skepsis betrachtet. Diese Skepsis wurde dadurch bekräftigt, daß niemand aus der Bundestagsfraktion der GRÜNEN anwesend war, obwohl mehrere Interesse geäußert hatten. Selbst feste Teilnahmezusagen wurden nicht eingehalten.

- 1. Behinderte und Krüppel selbst......
- 2. Eltern von solchen.....
- nichtbehindertePartner von ersteren und durch berufliches Engagement.. betroffene Nichtbehinderte......
- 4. Geschäftemacher und Funktionäre

Die 4. Gruppe ist in der BAG nicht vertreten und soll das auch nicht sein.

Am Sonntag wurden die Formalitäten inhaltsreich bearbeitet. Bei der Vorstellung eines Konzeptpapieres für Bundesarbeitsgemeinschaften der GRÜNEN allgemein - ausgearbeitet vom Bundesvorstand - wurden von der Versammlung Ausnahmen für AG's wie unsere gefordert: z.B. ist uns eine Organisation über Landesarbeitsgemeinschaften noch nicht möglich (bisher besteht erst in Hamburg eineLAG). Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, LAG's zu gründen.

In den Sprecherkreis wurden für ein halbes Jahr vier Behinderte aus der Versammlung gewählt. Nach Alphabet: Theresia Degener, Bärbel Kroll, Lothar Sandfort und Udo Sierck.

Die Versammlung beschloß,daß in dem Sprecherkreis grundsätzlich Parität gegeben sein muß (Frau/Mann). Dem Sprecherkreis gehören keine Nichtbehinderten an. Falls Entscheidungen anstehen zu spezifischen Interessen der nichtbehinderten Teilnehmer (zB. Interessen der Eltern behinderter Kinder) sollen diese als Berater mit heangezogen werden.

Der Sprecherkreis wurde beauftragt, eine Protest-Resolution gegen die Behinderte mißbrauchende Werbung der deutschen Stromerzeuger herauszugeben. Für das offene Treffen der GRÜNEN "Kinder und Jugendliche" soll der Sprecherkreis ein Grundsatz-

referat ausarbeiten zur besonderen Problematik behinderter Kinder und Jugendlicher. blicken. Wenn vor der Geburt festgestellt wird, daß sie behindert sind, setzt das ihren Entwicklungschancen



Der Sprecherkreis ist befähigt worden, zu aktuellen Fragen ohne vorheriges Votum der BAG Stellung nehmen zu können, wo begründeter Zweifel an einer späteren Zustimmung der Versammlung gegeben ist, gilt dies nicht. Alle Entscheidungen müssen, wie alle Treffen öffentlich gemacht werden. Der Termin des ersten öffentlichen Treffen des Sprecherkreises wurde bekannt gemacht (16.9.83 in Lohmar).

Das nächste Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bei den GRÜNEN wird am 10.11. Dezember 1983 in Hamburg stattfinden und von Udo Sierck organisiert.

Das im Protokoll erwähnte Grundsatzreferat für das offene Treffen "Kinder und Jugendliche", das Ende September in Kamp-Lintfort stattfand, ist im folgenden abgedruckt.

GEWALT GEGEN KINDER UND JUGENDLICHE

Gewalt gegen Kinder und Jugendliche hat - wie diese Tagung sicher zeigen wird - viele Gesichter. Behinderte blicken in ein besonders gewalttätiges ja noch bevor sie das Licht der Welt erein frühes Ende. Denn mitbetroffene Eltern entscheiden sich fast immer für einen Schwangerschaftsabbruch und zwar deshalb:

- weil ihre Vorstellung vom Leben als Behinderter oder vom Leben als Eltern eines behinderten Kindes nicht beinhaltet, daß auch Behinderte Spaß am Leben haben können, Genuß und Lust
- und weil niemand ihnen hilft, ihren Vorstellungen die Vorurteile zu nehmen, die falschen -
- und weil im Gegenteil, die fast selbstverständliche Vorbereitung der Abtreibung durch Ärzte und andere ihnen den Schwangerschaftsabbruch als natürliche, selbstverständliche Maßnahme erscheinen läßt.

Sicherlich ist es unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen nicht entzückend, als Behinderter zu leben, und eine Abbruchentscheidung soll hier auch nicht generell verdammt werden. Denn: Ein Kind empfangen zu müssen, NUR weil es behindert ist, wäre ein von uns ebensowenig gewünschtes Extrem, wie der quasi als logisch erachtete Schwangerschaftsabbruch, NUR weil das Ungeborene behindert ist.



Hier sehen Sie einen Teil unserer Fahrstuhl- und Reha-Abteilung im Untergeschoß unseres Hauses.



IHR SANITÄTSHAUS

5000 Köln 1 · Fleischmengergasse 49-51 Telefon (0221) 235212 Besondere Gewalt gegen behinderte Kinder durch brutalste Einschränkung von Entwicklungsmöglichkeiten setzt sich im frühen Kindesalter fort.

Ein Leben zwischen Elternhaus bzw. Heim und Hospital ist vorbestimmt. Das Kind befindet sich häufiger in medizinischer und therapeutischer Behandlung als in seiner natürlichen Umwelt. Es soll nach dem Willen meist aller über das Kind bestimmenden Erwachsenen so normal wie möglich werden. Da es aber nun mal nicht normal ist, d.h. nicht der Norm entspricht, bedeutet dies imgrunde eine körperliche, besonders aber seelische Verstümmelung zur Normalität. Hinge-Hospitalisierungsschäden, nommene ausschließlich defektorientierte Therapie und Erziehung, Prothesenzwang u.ä. sind ANPASSUNGSGEWALT' Besonders plastische Beispiele sind die Schönheitsoperationen oder die Zungenbeschneidungen bei mongoloiden Kindern.

Die Einschätzung als Defizitwesen, als Wesen, das etwas nicht hat oder kann, was eigentlich von ihm erwartet wird, diese Einschätzung wird das Kind auch im weiteren Leben nicht mehr los werden. Normalisierung wird sein Schicksal bleiben, wir nennen sie eben ANPASSUNGSGEWALT!

An dieser Stelle schon muß aber der Eindruck verhindert werden, wir wollten hier Eltern behinderter Kinder in die Schuld setzen-

In einer Gesellschaft, die jegliche Abnormalität mit verschiedensten Mitteln unter Strafe stellt - bishin zum Psychoterror, auf den hin die Eltern ständig gezwungen sind, sich wegen ihres behinderten Kindes zu entschuldigen, zu rechtfertigen,

in einem System, in dem jeder gefälligst mit seinen Problemen selber fertig werden soll,

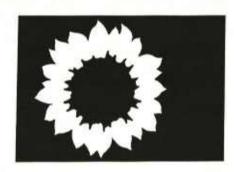
in dem staatliche Hilfe nur über einen wahren Behördenmaraton zu erreichen ist,

in dem Behinderte kaum irgendwelche gleichen Chancen haben,

ist ihre Verunsicherung, sogar ihr Fehlverhalten nicht verwunderlich. Widerstand gegen diese Situation wird heute schon von vielen Eltern behinderter Kinder mitgetragen.

Mit Beginn der Kindergarten- bzw. Schulzeit hat das Kind aus angeblich besonderen Förderungsbedürfnissen heraus seine gewohnte Umwelt zu verlassen, was gerade dann schlimm ist, wenn es einen guten Freundeskreis

in der Nachbarschaft hatte. Im Gegensatz zu nichtbehinderten Kindern kriegt es den nämlich kaum wieder. Selbst wenn die Eltern ihr Kind vor der Aussonderung bewahren wollen, gelingt ihnen das fast nie und wenn nur nach unmenschlichem Behördenkampf. Ein elterliches Grundrecht auf freie Schulwahl gibt es bei Behinderten nicht. Gesetzliche Grundlagen und die ärztliche Einteilung legen das Kind auf den Besuch einer Schule fest, einer Sondereinrichtung, ja auf deutlich abgegrenzte und hierarchisch bewertete Sonder- Sondereinrichtungen. Dabei gibt es noch weiter schädigende Nebenwirkungen, wie lange Schulwege, notwendige Heimunterbringung u.ä.



Eine gleichberechtigte Arbeitsmarktchance für Behinderte gibt es nicht. wie es selbst beschönigte Statistiken beweisen. Aussonderung wird fast immer in Rehabilitationseinrichtungen und sogn, beschützenden Werkstätten fortgesetzt. Dressur auf Produktionskraft und aufgenötigte Kompensation der Behinderung durch besondere Leistungsorientierung sind Formen der Gewalt. Behinderte in sogn. beschützenden Werkstätten sind in diesem Punkt am weit esten entrechtet. Sie haben weder Arbeits- noch Tarifverträge, also auch keine ihren persönlichen Leistungen angemessene Entlohnung, keine Arbeitslosenversicherung, keine Mitbestimmungsrechte, also auch keinen Betriebsrat - kurz überhaupt keine Arbeitnehmerrechte.

Die weitere Entwicklung auf dieser Laufbahn und die Probleme erwachsener Behinderter lassen wir auf diesem Treffen aus. Wir wollen jetzt noch ein paar Sätze sagen zu den anderen AG— Themen dieser Tagung:

Das gesellschaftliche Bild vom Leben als Behinderter beinhaltet nicht die Möglichkeit einer Partnerschaft einschließlich Sexualität, beinhaltet nicht die Möglichkeit, sexuelle Bedürfnisse befriedigen zu können.

Die Entsexualisierung wird darum bei behinderten Kindern und Jugendlichen verstärkt versucht. Brutalste Unterdrückungsmethoden bis hin zur Zwangssterilisation lassen sich leicht belegen.

Behinderte werden einfach als sexuelle Neutren betrachtet, als Menschen, die kein Geschlecht haben. Weil sie so gesehen werden, werden sie geschlechtslos gemacht, d.h. es wird versucht. Äußern Behinderte dann doch direkt oder indirekt sexuelle Bedürfnisse, etwa wenn sich ein behindertes Mädchen die Pille verschreiben lassen will, erfahren sie entwürdigende Reaktionen, und dann plötzlich wird vermutet, daß sie eine besonders starke und perverse Triebstärke haben.

Behinderte sind nach diesem Bild ohne Sexualität oder perverse Monstren. Eine gesunde Sexualität Behinderter ist diesem System nicht denkbar.

Drogenprobleme gibt es natürlich auch bei behinderten Kindern und Jugendlichen, oft verstärkt durch ihre besondere Lebenssituation. Alkoholmißbrauch in Rehabilitationszentren läßt sich von den Betreibern dieser Zentren längst nicht mehr verheimlichen.

Nicht ausführlich behandeln wollen wir in diesem Grundsatzreferat die Einschränkungen des Lebensraumes Behinderter im öffentl. Nahverkehr, im Städte- und Wohnungsbau, in der Freizeit u.ä., da diese Einschränkungen am weitgehensten bekannt sind. Die Darstellung der realen und über das "übliche" Maß der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche noch hinausgehenden Persönlichkeitszerstörung bei Behinderten schreit auch ohne diese bekannteren Einschränkungen nach sofortiger gesellschaftlicher Veränderung.

Daß das Leben behinderter Kinder und Jugendlicher trotz dieser Persönlichkeitszerstörungen insgesamt nicht so düster ist, wie es eine konzentrierte Darstellung der Gewalt gegen sie erscheinen läßt, ist auch auf den phantasievollen und kreativen alltäglichen persönlichen Widerstand der Kinder und Jugendlichen zurück zu führen, mit dem sie sich immer wieder zu schützen verstehen.

Wir wünschten uns, daß aus diesem fast stillen Widerstand im einzelnen mehr lauter verbündeter Widerstand würde.

LESERBRIEFE

Liebe Leute

Zuerst möchte ich Euch mal sagen, daß ich Eure (unsere) LUFTPUMPE sehr gut finde, und daß es eigentlich schade ist, daß diese Zeitung nicht an alle bundesdeutschen Haushalte verteilt wird.

Um der Verbreitung aber etwas nachzuhelfen, legen wir diesem Brief eine Bestellung für ein Geschenkabo bei. Übrigens keine schlechte Idee, weil man eh' nie weiß, was man zu diversen Festen schenken soll! Da könntet Ihr ruhig etwas Werbung dafür machen!

Jetzt zur Kritik: Daß Ihr die LP nicht regelmäßig zum 1. des Monats herausbringen könnt, sehe ich ein. Auch daß es mal zwei Ausgaben auf einmal gibt ist o.k. Ziemlich beschissen finden wir es aber, wenn Hefte überhaupt nicht ankommen und Ihr Anfragen in diese Richtung ignoriert. Es hat mich sehr geärgert, daß wir das Septemberheft 82 nicht bekommen haben (wie gesagt, eben weil die LP gut ist) und daß auf unsere Anfrage bei Euch keine Reaktion erfolgte.

Jetzt geht es ähnlich: Im Mai kam das letzte Heft - und vor einigen Tagen das Septemberheft mit einer "Mahnung". Dazu will ich folgendes sagen: Erstens Redaktion Dis LUFTPUMPE Dis LUFTPUMPE Pohlmonratt. 5000 Kaln 60



LESERBRIEFE

fehlt das Juni-Heft, zweitens kam keine Zahlungsaufforderung für's neue Abo und drittens (Tschuldigung!) wußten wir inzwischen einfach nicht mehr, wann das neue Abo fällig wird und haben uns darauf verlassen, daß Ihr uns rechtzeitig Bescheid gebt. Daher meine Bitte: Wenn Ihr schon so eine gute und wichtige Zeitschrift macht, dann sorgt dafür, daß sie auch immer ankommt, und sagt uns, Eueren Lesern, rechtzeitig Bescheid, wenn wir zur Kasse gebeten werden sollen!

Nichts für ungut, und viel Erfolg bei Eurer weiteren Arbeit!

Peter Kunz und Gabi Stichler Am Weingarten 2 6800 Mannheim

Anm.d. Red.: Dieser Brief ist nur einer von einigen saueren und zugleich aufmunternden Briefen die unser Sommerloch-Durcheinander erzeugt hat. Wir bitten alle, bei denen wir Zustellungs- und Abrechnungsfehler gemacht haben um Entschuldigung. Ruft uns einfach kurz an und die Sache geht - sofern unser Schutzengel, der heilige Bürokratius alternativus, nicht wieder pennt - in Ordnung. Tel.: 02246/3628. Am sichersten zu erreichen morgens um 9 Uhr.

Betr.:Artikel aus LP-Sept.83, Seite28, "Hintergründige Hintergründe"

Liebe Kollegen von der LP! Ein sehr dürftiger Artikel über das DSW (Deutsches Studentenwerk) und ich frage mich wirklich, warum Ihr solche schlecht recherchierten Halbwahrheiten, falsche Namen und Angaben abdrucken müßt. Ich hätte dem Schreiber den Artikel zur Überarbeitung noch einmal zurückgeschickt. Dem Autor - den jedermann sofort erkennt - hätte ich eigentlich so etwas nicht zugetraut. Schließlich war er einer der ersten, der in Veröffentlichungen, Broschüren, persönlichen Kontakten, Beratungsgesprächen das Thema BEHINDERTE STUDENTEN in die Öffentlichkeit gebracht hat. (Die Broschüre - heute noch immer viel zitiert'- enthält viel Material, ist aber doch insgesamt sehr ungeordnet - kurz ein Sammelsurium von vielen für betroffene Studenten wichtigen Details. Ein guter Ansatz, den man hätte fortführen müssen. Das hätte ich wichtiger gefunden, als diesen Artikel!) Nun gut, das ist hier aber nicht das Thema.

Was ich aber doch vorab unbedingt sagen will, ist, daß ich es schäbig finde, daß eine derartige Kampagne, die auch auf anderen Ebenen stattfindet, anonym angegangen wird. Warum?

Der Autor weiß, daß ich der Beratungsarbeit des DSW immer kritisch gegenüber gestanden habe. Und daß ich an dieser Stelle auch gern einen Betroffenen gesehen hätte. Nun gut der Fehlgriff, Herr Fischer, hat sich von selbst erledigt. Es war ein zeitweise williger, aber doch wenig geeigneter Mensch für eine solche Stelle wie im DSW. Er war durch seine Erfahrungen bei der Caritas sehr geprägt. Wen wundert es da, daß er Sonderhochschulen propagiert oder Behinderte am Wohnort der Eltern studieren lassen will. Den sogn. DSW-Kongreß November 82 hat er noch vorbereitet, wurde dann kurzfristig entlassen. Das DSW-Präsidium hat die Veranstaltung leider nicht abgeblasen, mußte sich also mit den dürftigen Inhalten (die ihm zudem beinah unbekannt waren) identifizieren. Das war ja auch nicht so einfach wie man weiß. Betroffene Studenten

(die gar nicht eingeladen waren!) und engagierte Berater haben sich lautstark zu dem Szenarium geäußert, was dann auch seine Wirkung hatte. Ich halte nichts von solchen Mammutveranstaltungen, die man nur absitzt, weil man sie dienstlich bezahlt bekommt, bei denen man sich nicht äußern muß. Das ganze hatte schon voyeurhafte Tendenzen, denn ich habe dort Mitarbeiter von Hochschulen getroffen, die an ihren Universitäten noch nie einen behinderten Studenten getroffen hatten. Aber ich denke, daß diese Erfahrung der Vergangenheit angehört und daß einfach die ständig steigende Zahl von schwerer behinderten Studenten andere Akzente setzen wird. Damit meine ich die verstärkte Interessensvertretung der Studenten selbst.

Ja, die Stelle imDSW ist wieder besetzt und trotz meiner anfänglichen Skepsis, denke ich, daß sie GUT besetzt ist. Was ich weniger gut finde ist, daß diese Stelle zusätzliche Mitarbeiter aus dem selben Haus hat, die zur Hälfte in anderen Bereichen arbeiten. Da müssenMitarbeiter sein, die entweder selbst betroffen (was ich im Hinblick auf die

vielen arbeitslosen Schwerbehinderten wichtig fände!) oder aber am Thema interessiert sind.

Zurecht beschreibt der Autor die für Gehbehinderte und Rollstuhlbenutzer schwierige bauliche Situation im DSW in Bonn. Aber falsch ist ganz einfach, daß Frau Langweg im 3. Stock zu finden ist. Bei einem Treffen der Sozialarbeiter der Studentenwerke in der letzten Woche habe ich sie in der Nähe des Eingangs sicher über einige Stufen erreicht. Ich denke, daß das DSW die bauliche Situation überprüfen und verändern muß. Eine solche Stelle wird fragwürdig (und die jetzige Situation kann nur Übergang sein), wenn sie nicht von Betroffenen (vor allem betroffenen Beratern) erreicht werden kann.

Was das Beratungsangebot des DSW anbetrifft, auch da habe ich meine Schwierigkeiten. Ich sehe diese Stelle eher in einer Multiplikatorenfunktion, also als Koordinationsstelle. Und so hat sie sich in den letzten Monaten auch dargestellt. Wir würden über eine solche Stelle vor Ort von vielen Dingen entlastet. Bisher war es so, daß wir unsere Erfahrungen, die auch überregional bedeutsam waren, an die Kollegen in die anderen Städte geschickt haben. Dies konnte aber immer nur unregelmäßig und keinesfalls umfassend geschehen, obwohl es jeden studentischen Berater angeht. Das Beispiel Sozialhilfe ist dabei sehr überzeugend; bisher erhalten viele behinderte Studenten über das BSHG verschiedene Leistungen: Hilfe zur Pflege, Miete für die behindertengerechte Wohnung, Finanzierung von Studienhelfern, Vorleser u.ä. Dies aber oft von verschiedenen Kostenträgern ind verschiedenen Städten, so daß der Aufwand bei Anträgen des Studenten umfassend ist (örtlich und überörtliche Träger). Das DSW kann hier entscheident zu einer Änderung im Interesse der behindertenStudenten beteiligt sein. Wir - als Berater vor Ort können dabei nur den Stoff liefern, aber selten - vor allem aus zeitlichen Gründen - an der Veränderung der gesetzlichen Grundlagen beteiligt sein. Ein letztes Beispiel zum BAföG, wo das DSW aufgrund eines akuten Einzelfalles (der behinderten Studentin war die Verlängerung der Förderungshöchstdauer abgelehnt worden, weil sie von Geburt behindert sei, obwohl die Studienverzögerung von einem Semester durch den Sonderfahrdienst nachzuweisen war) eben gerade eine Änderung der Ausführungsvorschriften erreichen konnte. Aber es gibt eine Menge überregionaler Arbeitsaufgaben, die vom DSW wahrgenommen werden können und müssen.



Zusammenarbeit mit dem DSW betrifft, denke ich, daß dort keine Entscheidungen getroffen werden können, ohne daß behinderte Studenten oder Berater vor Ort einbezogen und beteiligt werden. Und das ist in den letzten Monaten auch verstärkt nicht nur mit uns in Berlin geschehen. Auch die 'Holzofen-Broschüre' (wirklich eine sehr prägnante Bezeichnung!) erarbeitet worden. ist gemeinsam Sicher kann man da eine Menge Kritik üben. Man kann sich auch die Frage stellen, ob die Bezeichnung - 'behindertengerecht' nicht doch gestrichen werden sollte, denn was sagt sie letztlich aus. Wenn ich in dem Zusammenhang an die vorherigen wirklich mageren und nichtssagenden Faltblätter des DSW denke... Dem Autor sollte .doch bekannt sein, daß in einer schmalen Broschüre wie dieser themaalles nur 'angerissen' werden kann. (Das Handburch für behinderte Studenten vom BayerischenStaatsinstitut wird knapp in zwei Bände passen oder siehe auch die Standardlektüre zum Thema von R. Leder). Also kommen wir zu Potte, lieber Hans Herbst: Ich denke, daß wir uns von niemandem 'austricksen' lassen, auch nicht vom DSW. Ich denke, daß die Stelle dort(natürlich mit den baulichen und o.g. personellen Veränderungen) schon eine wichtige Funktion haben wird. Sie darf auf keinen Fall eine Beratungsstelle für jedermann sein (sicher wird's auch mal Einzelberatung geben), das sollten die Hochschulen und da die Studienberatungsstellen, die Behindertenbeauftragten, die Ce Be eFs, der RCDS, die alternativen ambulanten Dienste, die studentischen Initiativgruppen ... selbst leisten. Dazu brauchen sie aber aktuelle und richtige umfassende Informationen. Hier sehe ich einen Ansatzpunkt für das DSW, und da gibt es so viel zu tun (vor allem auch in Zusammenarbeit mit den wenigen 'Sonderstellen' wie in Berlin, Dortmund, Regensburg etc. oder auch der Studienberatung). Der Anfang da ist gemacht, und ich bin erstaunt, wie jemand sich so schnell und umfassend in ein Thema einarbeiten kann. Und nicht - wie so viele von uns - mit dem Helfersyndrom im Rücken, Ich-unterstütze die Arbeit dort, weil sie mich/ uns auch entlasten kann. Und das ist in Anbetracht der ständig steigenden Zahlen von schwerbehinderten Studenten (so ists in Berlin) einfach wichtia.

Und zum Schluß, was so 'das Maul aufmachen' anbetrifft, solltest Du das auch nicht anonym tun. Schließlich hat erst die Wende uns die radikalen Streichungen vor allem für schwerer Behinderte gebracht, und ich denke, daß Du an so exponierter Stelle (Europa-Projekt) Deinen Mund zu diesem Thema nicht verschließen solltest.

Ursula Baesler Sybelstr.52 1000 Berlin 52 Mitarbeiterin der Studienberatung für beh. Studenten



STADT KÖLN
BERATUNGSSTELLE FÜR
WEITERBILDUNG
STEINBERGERSTR' 40
5000 KÖLN 60
Tel.: 7761-399

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Volkshochschule Nippes beginnt am 18. Oktober 1983 in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Weiterbildung einen

LESE- und RECHTSCHREIBKURS für deutsche Erwachsene, die nicht (oder nur sehr wenig) lesen und schreiben können. Ich möchte Sie bitten, daß Sie Betroffene auf dieses kostenlose Angebot Aufmerksam machen.

Selbstverständlich können Sie Betroffene auch an die Beratungsstelle für Weiterbildung verweisen. Die Beratung ist vertaulich und anonym.

Mit freundlichem Gruß - Im Auftrage Roland Berger

ACHTUNGI VEREINSMEIER UND GESCHÄFTSORDNUNGSHAIE

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 25.1.82; Az.: Il ZR 164/81; sind bei Beschlußfassung im Verein die Enthaltungen nicht mitzuzählen. (Bislang wurden Stimmenthaltungen oft den Nein-Stimmen gleichgestellt.)

HINTERSINNIGES ZUM

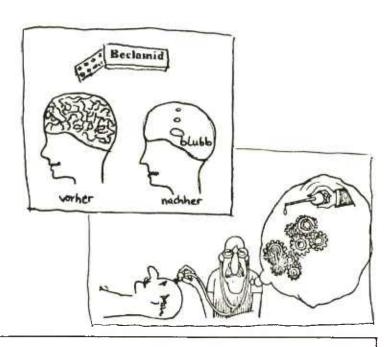
SCHWERPUNKT



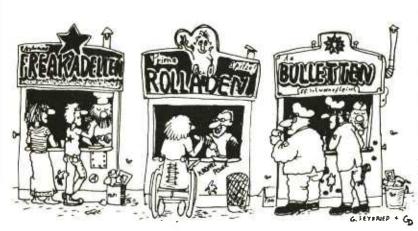


Wie schon, daß wir eine normale Familie sind!





BOABOABOABOABOABO



Die LUFTPUMPE garantiert das Recht. das ABO innerhalb von 8 Tagen zu widerrufen.

Also Leute, auch ich will die LUFTPUMPE regelmäßig haben und abonniere sie hiermit für 12 Monate.

Dafür habe ich 16,- DM

- auf das Postsch.-Konto Köln, Nr. 15 330/508 überwiesen,
- bzw. einen Scheck beigelegt.
- Lieferung (auch rückwirkend) ab Ausg.:

Name

Anschrift

REDAKTION LUFTPUMPE · POHLMANSTR.13 · 5000 KOLN 60

Datum

Unterschrift



1882 1982





HERTIE

<u>Im Kapieren eine 1</u>



BAFÖG

(Bundesausbildungs-Förderungs-Gesetz)- eine gute Sache! Vielleicht erhalten Sie demnächst auch öffentliche

Mittel fur Ihre Ausbildung Dann werden Sie sich fragen, wo Sie Ihr Girokonto einrichten, das Sie dann brauchen Die Antwort wird Ihnen nicht schwer fallen Denn die Kreissparkasse Köln wird Ihnen für die Kontoführung keinen Pfennig berechnen. Bis Sie Ihre Ausbildung beendet haben In jedem Fall bis zu Ihrem 23. Lebensjahr. Es ist also garnicht so schwer, im Kapieren eine 1 zu haben

KREISSPARKASSE KOLN